

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rotestraße 18 b.  
Telephonruf: Nr. 3892.

Inserate  
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **207500** Exemplaren erscheint diese Ztg.

### Die gemischten Werke im deutschen Großeisen-gewerbe.

#### II. Ökonomische Umwälzungen.

In ökonomischer Beziehung machen sich bei der fortschreitenden Industrialisierung zwei Tendenzen bemerkbar, eine, die eine Verteuerung, und die andere, die eine Verbilligung der Produktion involviert. Heymann hat in seinem Buche beide Tendenzen in gewissermaßen Weise berücksichtigt und mit einer Unmenge von Einzelnachweisen belegt. Verteuernd auf die Produktion wirkt die Verteuerung der Grundstücke, Preissteigerung bei den Rohprodukten durch Syndikate, Lohnsteigerung, Besteuerung zc. Von den von dem Verfasser angeführten Grundstücksverteuerungen seien hier einige angeführt. Es kostete der Hektar in Saar im Jahre 1855 4800 Mk. bis 6000 Mk., im Jahre 1902 bis 280 000 Mk.; in Hörde 1853 4800 Mk. bis 6000 Mk., im Jahre 1902 175 000 Mk.; in Bochum 1889 10 500 Mk. bis 14 000 Mk., im Jahre 1902 — also 13 Jahre später — 84 000 Mk.; in Recklinghausen 1896/97 620 Mk. und vier Jahre später bis 28 000 Mk. Die Bismarckhütte hat nach ihren Geschäftsberichten 1888/89 für den Hektar 9000 bis 10 000 Mk. bezahlt, 1900/01 bis 160 000 Mk. Die Verteuerung der Rohmaterialien belastet die gemischten Werke jedoch nicht, im Gegenteil, sie sichert deren Überlegenheit über die reinen Werke. Die gemischten Werke haben zum Teil eigene Erze, Kohlen und sogar Kalk. Sie erlassen mit selbst produziertem Koks ihr Hochofen- und verarbeiten dieses zu Halbzeug- und Fertigfabrikaten. Das reine Werk muß den Rohstoffsyndikaten hohe Preise zahlen, das verteuert natürlich das Fertigerzeugnis; das gemischte Werk braucht sich selbst nur die Selbstkosten der Vorzeugnisse zu berechnen und gelangt damit zu erheblich niedrigeren Herstellungskosten für das fertige Erzeugnis wie das reine Werk. Der Einfluß der Lohnsteigerungen wird später noch gewürdigt. Verbilligend auf die Produktion wirken technische Verbesserungen als: Einführung arbeitssparender Maschinen und Apparate, bessere Ausnutzung der mechanischen Kräfte, intensivere Ausnutzung der Arbeitskraft u. s. w. Bei den alten primitiven Öfen war die Produktion nicht nur an sich gering, es wurde auch ungeheuer viel Material verschwendet, was ebenfalls stark verteuerte wirkte. Doch die alten Verhältnisse sollen hier nicht mehr berücksichtigt werden, sondern nur die Veränderungen in den letzten Jahrzehnten. Zudem man heute das flüssige Hochofen vom Hochofen sofort in die Weiterverarbeitung überführt, werden Ersparnisse erzielt, die zwischen 3 bis 8 Mk. pro Tonne bewertet werden. Die Firma Höplich hat weiter durch Einschleiben des Mischers Minderkosten um 1,92 Mk. erzielt. Bei diesen neuen Methoden erspart man nicht nur Brennmaterialien, sondern auch Arbeitskräfte. Eine Kostenverminderung wurde weiter durch Bergförderung des kubischen Inhaltes der Hochofen erzielt. 1750 brachten 14 schlesische Hochofen zusammen 25 000 Zentner, die Gewerkschaft Deutscher Kaiser besitzt jetzt Hochofen mit einer Leistungsfähigkeit von circa 516 Tonnen pro Tag.

Weitere Ersparnisse werden erzielt, indem die Blöcke sofort aus der Bessemer in die Walze gehen. Den Gewinn für den Ausschlag der neuen Hitze gab ein rheinisches Werk auf 2 bis 3 Mk. an. Durch Verbesserungen im Martinprozeß, zum Beispiel Einführung des Talbotverfahrens, soll nach Heymann um 9 Mk. billiger produziert werden als früher.

Bedeutende Verminderung der Produktionskosten wurden im Walzprozeß durch Einführung mechanischer Kraft und Ausschaltung von Handarbeit erzielt. „Durch die Heberische allein wurde beim Schienenwalzen die Bedienungsmannschaft von 15 bis 17 auf 4 bis 5 Mann herabgesetzt.“ Die Produktionssteigerung war dabei ganz enorm. Das berühmte Schienenwalzwerk in Serrang leistete in den vierziger Jahren 28 Tonnen in der Doppelschicht. Die Dortmund Union erzielte 1902 die vierzigfache Leistung, 550 Tonnen in der einfachen Schicht. Den Rekord schlug die Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Thyssen) mit einer Tagesleistung von 2140 bis 2900 Tonnen Stahl und 1720 bis 1750 Tonnen Walzware. Den Arbeitern wurde dabei natürlich keine Sekunde Ruhe gegönnt; die Anspannung der Arbeiter in den Feuerbetrieben unter der Herrschaft des mechanischen Antreibers ist heute aufs höchste getrieben. Eine bedeutende Selbstkostenverminderung erlangten diejenigen Eisenwerke, die mit eigenen Kohlengruben und Koksereien arbeiten. Ein ziemlich weit von der Ruhr gelegenes Werk gab an, daß es bei eigener Koksproduktion, selbst wenn die Kohlen vom Syndikat gekauft werden müßten, die Ersparnis pro Tonne 1,20 Mk. betrage. Die Werke, welche ihre Brennmaterialien in unmittelbarer Nähe der Eisenwerkstätten liegen haben, erzielen natürlich bedeutend größere Ersparnisse. Für diese liegt ein weiterer Vorteil darin, daß sie die Abgase vom Hochofen und bei der Koksproduktion zu Heizwecken verwenden können. Heymann stellt folgende Berechnung auf. Die Ersparnisse betragen:

Gasüberschuß bei der Kokserei . . .	1,00 Mk. pro Tonne Koks
Direktes Konvertieren . . . . .	5,00 = = = Hochofen
Hochofengasmaschinen . . . . .	4,00 = = = Hochofen
Auswalzen in einer Hitze . . . . .	2,50 = = = Hochofen

Rechnet man 100 Kilogramm Koks gleich 100 Kilogramm Hochofen gleich 85 Kilogramm Rohkoks, so ergibt das eine Ersparnis von 3,65 Mk. pro Tonne Rohkoks, circa 15 Mk. pro Tonne Fertigfabrikat. Weitere Vorteile ergeben sich aus der Gewinnung von Nebenprodukten, Leer, Ammoniak zc. bei der Kokszeugung, ferner aus Gewinnung der für den Thomasprozeß wertvollen Schwefelschlacke und der Thomaschlacke, die als Düngemittel begehrt ist. Deren Wert wird auf 4 Mk. pro Tonne geschätzt.

Einen sehr erheblichen Vorteil für die gemischten Werke bietet der Umstand, daß sie je nach der Konjunktur und Nachfrage entweder mehr die Roh- und Halbzeugherzeugung oder die Fertigproduktion forcieren können.

Eingehend beschäftigt sich Heymann noch mit der Einwirkung der Zollpolitik und den Tarifen auf die Rentabilität der verschiedenen Industriezweige und die durch die Zölle sowie die Syndikatspolitik hervorgerufene Verschiebung der Konkurrenzfähigkeit der reinen zu den gemischten Werken. Er kommt zu dem Resultat, daß letztere die ersteren immer mehr verdrängen. Er schreibt:

„So haben denn die gemischten Werke auf der ganzen Linie gefiegt. Vergebens glaubten die kleinen reinen Werke unter dem Schutze der Kartelle lebensfähig zu bleiben . . . Die reinen Verarbeiter wurden ruiniert, die reinen Rohstofflieferanten fielen an Absatzmangel dahin . . . Der Vorteil fiel einzig und allein den gemischten Werken zu . . . Mittelstandspolitik haben die Kartelle treiben wollen; die Früchte waren großkapitalistische Konzentration, Expansion und Expropriation, wie sie im gleichen Umfang ohne Kartelle nie erfolgt wäre, selbst wenn sich verfräkte Ansätze zur Fruchtbildung gezeigt hätten.“ Welchen Faktor die gemischten Werke in der deutschen Kohlen- und Eisenindustrie bereits im Jahre 1903 darstellten, zeigt folgende Zusammenstellung nach den statistischen Tabellen Heymanns. Dieser zählt 24 mit Hochofen verbundene Thomas- und Bessemerwerke auf und stellt deren Produktion in Vergleich zu der Gesamtproduktion Deutschlands

Produkte	die 24 gemischten Werke	Es entfällt auf die gesamte deutsche Produktion in 1000 Tonnen
Steinkohlen . . . . .	13 258	107 436
Koks . . . . .	2 725	11 203
Roheisen . . . . .	5 849	8 523
Rohstahl . . . . .	8 215*	7 664
Walzwaren . . . . .	3 861	6 029

\* Nach Schätzung des Stahlwerksverbandes für 1904.

Neben der gesamten Rohstahlproduktion verfügten die gemischten Werke bereits über drei Fünftel der gesamten Roheisenproduktion und zwei Drittel der gesamten Walzprodukte. Auch die bekannten Fusionen und die Sonderstellung der Hüttengehehen nach dem neuen Syndikatsvertrag hat sich das Verhältnis bezüglich der Kohlen- und Koksproduktion noch ganz bedeutend zugunsten der gemischten Werke verschoben. Die Überlegenheit dieser Werke tritt auch in Zahl und Qualität der verschiedenen Betriebsanlagen auffällig in Erscheinung. Das zeigt folgende Tabelle:

Betriebe	die 24 gemischten Werke	sämtliche Werke
Hochöfen . . . . .	147	250
Konverter . . . . .	118	129
Martinöfen . . . . .	130	335
Puddelöfen . . . . .	348	669

Während die gemischten Werke der Zahl nach nur über 58,8 Prozent der Hochöfen verfügen, beträgt ihr Anteil an der Leistungsfähigkeit aber 71,83 Prozent, bei den Konvertern ist die Prozentziffer 89,99 respektive 94,86. Die Betriebe der 24 hier in Betracht kommenden Werke sind mithin viel leistungsfähiger als die Betriebe der anderen Werke. Die 24 Hüttenwerke beschäftigten 1903 bereits rund **207 000 Arbeiter.**

Der Schwerpunkt der gemischten Werke liegt in Rheinland-Westfalen. Die hier gelegenen 10 kombinierten Betriebe beschäftigten 1903 allein **133 491 Arbeiter**, so daß auf die übrigen 14 Werke nur 73 500 Beschäftigte entfallen. Und die großen Werke werden die Herrschaft immer mehr an sich reißen. Die Ungleichgewichte zwischen Koks und Eisen eröffnen gewaltige Perspektiven. „Die großen Stahlwerke“, so schreibt Heymann, „werden Hand in Hand mit den großen Kohlengesellschaften unter dem Schutze der Zölle, der Tarife und der Vergesehe ohne Furcht vor inländischer oder ausländischer Konkurrenz auf dem deutschen Montanmarkt gebieten . . .“

Thyssen allein stellt eine Produktion von circa 6 Millionen Tonnen Koks, 800 Tonnen Roheisen und 700 000 Tonnen Stahl. Er beschäftigt auf den Mülheimer Walzwerken und der Gewerkschaft Deutscher Kaiser allein **17 000 Arbeiter**, er ist ferner beteiligt an dem großen Schalker Werke; er sitzt im Aufsichtsrat der großen Kohlengesellschaften Nordstern und Gelsenkirchen, ferner mit Stinnes zusammen beherrscht er den Mülheimer Bergwerksverein, er besitzt Erzgruben im Minneterevier und ist Hauptgläubiger des Stahlwerkes Sambre und Mosel. Die Familie Stinnes besitzt mehrere große Kohlengruben und eine große Kokserei. Auch die Familie Daniel besitzt eine große Kokserei und besitzt die Zechen Zollverein, Neumühl und Rheinpreußen mit 6 1/2 Millionen Tonnen Beteiligung beim Kohlensyndikat, sie besitzt ferner einen großen Posten Aktien der Konordia, sie ist Hauptbeteiligte an dem großen Stahlwerk Gute Hoffnungshütte und bei der Maschinenfabrik Daniel & Lang. Diese drei Industriegewaltigen beherrschen durch alleinigen Besitz und Beteiligung bei anderen Gesellschaften zum überwiegenden Teil heute schon die rheinisch-westfälische Kohlen- und Eisenindustrie.

Aus den verachteten Besitzverhältnissen werden sich in den nächsten Jahren Riesengründungen ergeben, die amerikanischen Verhältnissen gleich kommen oder gar überragen. „Die Konzentrationsbewegung in der Montanindustrie mit Kohlen- und Stahl Syndikat als Form, den großen Kohlengesellschaften und den gemischten Werken als Inhalt, ist noch keineswegs abgeschlossen.“ so urteilt Heymann. Und er kommt zu folgendem Schluß: „ . . . Und immer weiter schreitet die Konzentration vorwärts. Der einzelne Betrieb wird stetig größer; immer mehr Betriebe der gleichen oder verschiedenen Art fallen sich zu Riesenunternehmungen zusammen, die in einem halben Duzend Berliner Großbanken ihre Stütze und ihre Leiter finden. Für die Montanindustrie ist die Richtigkeit der Konzentrationslehre von Karl Marx ergaßt nachgewiesen, jedenfalls in einem Maße, in dem sie, wie bei uns, durch Zölle und Frachttarife geschützt wird. Die Montanindustrie Deutschlands ist reif zur Expropriation.“

### Verhältnisse in der badischen Uhrenindustrie.

Über den Lohn und Haushalt der Uhrenfabrikarbeiter des badischen Schwarzwaldes ist jüngst von Dr. Heinrich Feuerstein eine Schrift erschienen, die einen schätzbaren Beitrag zur Kenntnis der Verhältnisse der Industriearbeiter, im besonderen der Uhrenarbeiter, bedeutet.

Einleitend wird eine Übersicht über die Verbreitung der Uhrenindustrie, die früher ausschließlich hausindustriell betrieben wurde, über die Entwicklung der Fabrikindustrie, über die Zusammenziehung der Arbeiterschaft nach Geschlechtern, über die gewerkschaftliche Organisation zc. gegeben. Die fabrikmäßige Betriebsweise begann in den fünfziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts. Für die Errichtung von Fabriken waren maßgebend die Nähe von Wasserkräften und die Verkehrslage des Ortes. Diese Umstände bewirkten eine starke Verschiebung in der geographischen Verbreitung der Uhrenindustrie, die immer mehr aus entlegenen Gebirgsgegenden nach den zum Weltverkehr führenden Hauptstraßen und Schienensträngen auswanderte. Die Errichtung der Schwarzwaldbahn am 11. November 1872 hat erdögig eine Vorzugsfrage und damit einen raschen Aufschwung der Gemeinden Triberg, St. Georgen und Willingen geschaffen. Ein Vergleich der Zahl der in der Uhrenindustrie Beschäftigten von 1843 und 1903 läßt die eingetretenen Veränderungen deutlich erkennen. So waren im er genannten Jahre in Hornberg 14, 90 Jahre später 40, in Triberg 156 beziehungsweise 400, in St. Georgen 380 beziehungsweise 621, in Willingen 100 beziehungsweise 680 Personen beschäftigt. Zu den zwölf Gebirgsorten Langenordnach, Schwarzenbach, Schollach, Urach, Linach, Eisenbach, Wubensbach, Oberbränd, Friedenweiler, Schönwald, Mohrhardsberg und Erdmannsweiler ging die Zahl der Uhrenarbeiter in den sechs Jahrzehnten rapid zurück, so im letztgenannten Orte von 66 auf 11, im vorletzten von 34 auf 2, in Schönwald von 440 auf 200, in Eisenbach von 200 auf 113 u. s. w. Andererseits hat sich Furtwangen zu einem bedeutenden Zentrum der Uhrenindustrie entwickelt, wo im Jahre 1903 768, ferner Lenzkirch, der circa 400 Personen beschäftigt waren.

Der Schwerpunkt der Uhrenindustrie liegt heute unzweifelhaft im Fabrikbetriebe, aber auch die Hausindustrie hat noch immer erhebliche Bedeutung. Ihr sind namentlich die kleinsten Uhren, die sogenannten Jockeleuhren, mit und ohne Kufenswerk, verblieben, ferner die erstklassigen Massivuhren mit englischen Schneckenwerken, Gang- und Turmlochen Schlag und glatten, dunkelpolierten Kästen für den englischen Export. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß in allen größeren Industrieorten die Fabrikanten bestrebt sind, sich die Primararbeit dienstbar zu machen, um die Arbeitskräfte zu verbilligen. So ist heute wohl ein volles Drittel der in der Uhrenindustrie beschäftigten Personen hausindustriell tätig.

Fabrikbetriebe mit mehr als 10 Arbeitern bestanden im Frühjahr 1904 insgesamt 40 mit 3280 beschäftigten Personen. 12 Betriebe, wovon 2 ohne Motor, beschäftigten je 11 bis 20 Arbeiter, 9 je 21 bis 50, 7 je 51 bis 100, 3 je 101 bis 150, 5 je 151 bis 200, 4 je 201 bis 300 Personen. Die größten Unternehmungen sind die Badische Uhrenfabrik Furtwangen mit Filialfabriken in Glöttbach und Hongkong sowie mit Verkaufshäusern in Mailand, Zürich, London und Bombay, ihr Aktienkapital beträgt eine Million Mark; die Aktiengesellschaft für Uhrenfabrikation in Lenzkirch mit 692 000 Mk.; die Uhrenfabrik vormals Furtwängler Söhne in Furtwangen mit 355 000 Mk.; die Uhrenfabrik Aktiengesellschaft Willingen mit 400 000 Mk.; die Aktiengesellschaft für Feinmechanik vormals Gebrüder Siedle in Triberg mit 230 000 Mk.

Der Verfasser findet die Dezentralisierung der badischen Uhrenindustrie in einer verhältnismäßig großen Zahl kleinerer Fabrikbetriebe bedauerlich, da sie die Schmuckkonkurrenz fördert und zu einer Verschlechterung der Qualität der Waren führt. Darum scheiterte auch der in den neunziger Jahren unternommene Kartellierungsversuch und erlangte die württembergische Kivakin mit ihren Großbetrieben das Übergewicht.

Über die Produktions- und Exportverhältnisse werden folgende Angaben gemacht. Es betrug die Ausfuhr an Schiffschonometern, Stuh-, Wand-, Wecker- und Kontrolluhren:

Jahr	Stückzahl	Wert
Im Jahre 1899 . . . . .	4081	12266 000
„ „ 1900 . . . . .	3977	11933 000
„ „ 1901 . . . . .	4137	12829 000
„ „ 1902 . . . . .	3301	18546 000

Davon ging rund die Hälfte nach Großbritannien. Es wird angenommen, daß die Ausfuhr drei Viertel der Gesamtproduktion ausmacht, ferner ein Siebentel auf die schlesische Uhrenindustrie in Freiburg-Polsnitz entfällt, so daß sich für die badische und württembergische Uhrenindustrie zusammen eine Produktion von 4600 Tonnen im Werte von 16 Millionen Mark für den Durchschnitt der vier Jahre 1899 bis 1902 ergibt; der größere Teil davon entfällt auf die württembergische Industrie. Der Verfasser betont angelegentlich die Wichtigkeit guter Handelsverträge für die deutsche Uhrenindustrie. Wir unsererseits möchten nicht unterlassen, das Auffällige hervorzuheben, das darin liegt, daß angelegentlich der großen Bedeutung des deutschen Marktes, also des inländischen Absatzgebiets mit seinen 60 Millionen Einwohnern, der Schwerpunkt des Absatzes der Produkte der deutschen Uhrenindustrie auf den Export, ins Ausland verlegt wird. Da möchte man schon sagen: Woju in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah? Da jedoch eine Produktionsstatistik der Uhrenindustrie nicht vorliegt, ist es freilich fraglich, ob das angenommene Verhältnis des Exportes mit 3 : 4 der Produktion:

<sup>1</sup> Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen. Karlsruhe. Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei, 1906. Preis 3 Mk.

überhaupt richtig ist. Die Einfuhr an Erzeugnissen, wie sie die deutsche Uhrenindustrie liefert, ist gering; sie betrug 1902 nur 20 Tausende im Werte von 109.000 Mfl.

Geklagt wird über die „unwürdige Konkurrenz“ der Freiburger Uhrenfabrik, die in den letzten Jahren wiederholt mit Unterblang gearbeitet hat, nur um ins Geschäft zu kommen. Dabei handelt es sich speziell um die Uhrenlasten, und betroffen davon wird besonders die Altiengefellenschaft in Venzlloch.

Die Gesamtlage charakterisiert sich somit als die einer augenblicklich von innen und außen hart bedrängten und auch bezüglich der nächsten Zukunft eher hangenden als hoffenden Industrie, eine Lage, deren Symptome zugleich in vereinzelt betrieblichen Einschränkungen und Arbeiterentlassungen, vor allem in den mehrfachen Lohnreduktionen der letzten Jahre offen vor Augen liegen.

Was die technisch-soziale Struktur der Arbeiterschaft betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß den Typus der ungelernete Arbeiter bildet, der auf eine Einzelfunktion des bis ins Kleinste zerlegten Arbeitsprozesses abgerichtet ist. Diese Arbeiter hat vielfach die Not aus einem anderen Berufskreis heraus in die Fabrik geführt, und es fehlt ihnen „infolge ihrer sozialen Herkunft als Bauern, Handwerker oder Hausindustrielle das Klassenbewußtsein.“

Die Gruppierung der Geschlechter war im Jahre 1902 in 86 Fabriken derart, daß in 84 Betrieben mit 3091 Personen 615 Arbeiterinnen beschäftigt waren, die 20,7 Prozent aller Arbeiter ausmachen. Von den 615 Arbeiterinnen waren 270 oder 42 Prozent verheiratet oder verwitwet. In den 84 Fabriken machten die Arbeiterinnen 1 bis 10 und 51 bis 57 Prozent der sämtlichen beschäftigten Personen aus, also in mehreren Betrieben mehr als die Hälfte. Es sind Betriebe mit 16 und 36 und 14 bis 16 Personen, in denen die Arbeiterinnen 41 bis 57 Prozent ausmachen; in den größten Betrieben mit 15 bis 309 Personen machen sie nur 11 bis 20, in jenen mit 18 bis 221 Personen 21 bis 30 Prozent aus. Es sind also die kleineren Betriebe, in denen die Arbeiterinnen am stärksten vertreten sind und in denen daher offenbar die argste Ausbeutung der Arbeiterschaft mit schlechten Löhnen praktiziert wird.

Nicht ohne Interesse ist, daß 12 Betriebe mit 16 bis 232 Arbeitern, in denen je 39 bis 48 Arbeiterinnen beschäftigt sind, keine verheirateten Frauen arbeiten, also planmäßig ausgeschlossen sind. Andererseits scheinen die meisten und größten Betriebe verheiratete Frauen mit Vorzug, vier sogar ausschließlich einzustellen. „Die letztgenannte Übung erklärt sich entweder aus der Verfolgung eigener wirtschaftlicher Lohnpolitik... oder sie entspringt einem technisch-disziplinären Bedürfnis. Wenigstens pflegen württembergische Fabriken Frauen vorzuziehen, weil sie geordneter, fleißiger und zuverlässiger sind.“

Den Stand der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter bezeichnet auch der Verfasser als unerfreulich. Nur in 5 von den 13-Industrieorten bestehen Zahlstellen. In 3 Orten sind die freien und die christlichen Gewerkschaften vertreten, in 2 nur die letzteren. Der Mitgliederstand der Zahlstellen war im April 1904 dieser:

	freie Gewerkschaften	christliche Gewerkschaften
Billingen . . . . .	43	106
Zrieburg . . . . .	92	80
Furtwangen . . . . .	85	20
St. Georgen . . . . .	—	24
Gütenbach . . . . .	—	14
<b>Total</b>	<b>220</b>	<b>244</b>

Es sind also nur 464 Arbeiter oder 15 Prozent organisiert, vorausgesetzt, daß sämtliche organisierte Fabrikarbeiter und nicht Heimarbeiter sind und daß sie der Uhrenbranche angehören.

Der Verfasser erblickt mit Recht die Ursache des schlechten Standes der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter nicht nur bei den Unternehmern, von denen bekannt ist, daß sie die Organisation „nicht wünschen“ und deshalb die gewerkschaftlichen Aktionen mit der Ausperrung der Arbeiter abwenden. Das Hemmnis liegt in erster Linie in der psychologischen Verfassung der Arbeiterschaft, in der mangelnden Regsamkeit des Oberlandes. Ein aufmerksamer Arbeiter, der auf der Reise zur Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Charlottenburg die erste Bekanntschaft seiner Unterländer Reisekollegen machte, verzeichnete folgende Wahrnehmung: „Meine Haupterfahrung habe ich an unseren Unterländer Reisekollegen dadurch gemacht, daß ich sah, wie viel wir Oberländer in allen Lebenslagen des Arbeiters diesen Herren (!) gegenüber noch zurückstehen; auch bezüglich des offenen freien Verkehrs der Fabrikinspektion gegenüber bleibt uns noch viel zu wünschen übrig.“ Der Verfasser meint dazu, daß jeder Kenner der Oberländer Verhältnisse dieses Urteil als eine vorzügliche Selbstporträtierung wird bezeichnen müssen.

Sowohl kommen dann noch die kindliche Anspruchslosigkeit des Schwarzwälders, sein eingebürgertes Mißtrauen gegen Neues und Fremdes, sein geringes soziales und solidarisches Empfinden, die egoistische Verkürzung seiner Denkart und Willensrichtung und ferner der Zusammenhang der Wirtschaftsführung des Arbeiters mit bäuerlicher Naturwirtschaft. Das beste Mittel gegen alle diese der Gewerkschaft ungünstigen Umstände wäre die Auswanderung, die Wandererschaft, mehrjähriges Arbeiten an anderen Orten, um andere Verhältnisse kennen zu lernen, neue Ideen aufzunehmen, eine andere Lebensauffassung, einen weiteren Gesichtskreis zu erwerben. Die auswandernden Arbeiter müßten durch Zugewanderte ersetzt und so die Zusammenziehung der Arbeiterschaft eine andere werden. Aber, ob so oder anders, auf jeden Fall wird und muß die Gewerkschaftsbewegung auch in der Uhrenindustrie die entgegenstehenden Hindernisse überwinden und die Uhrenarbeiter erobern. Der Anfang dazu ist ja schon vorhanden.

Ja einem zweiten Artikel sollen die Arbeits- und Lohnverhältnisse besprochen werden.

### Das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung im heutigen Wirtschaftsleben.

Von Frau J. Kaufstätter in Hamburg.

#### I.

Mehrere Jahrzehnte hindurch hat sich die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands darauf beschränkt, sich in ihrer Eigenschaft als Verkäufer der Ware Arbeitskraft gegen das ausbeuterische Unternehmertum zu wehren. Ein Arbeiter ist bekanntlich gezwungen, weil er selbst keine Produktionsmittel besitzt, seine Arbeitskraft oder das Vermögensrecht derselben an einen Kapitalisten zu verkaufen. Wie jeder andere Verkäufer, so hat auch er ein lebhaftes Interesse daran, für seine Arbeitskraft einen möglichst hohen Preis zu erzielen, während der Unternehmer, wie jeder andere Käufer, ein Interesse an möglichst niedrigen Preisen hat. Deshalb fordert der Arbeiter hohe Löhne, kurze Arbeitszeit und einen normalen Intensitätsgrad der Arbeitsleistung; der Unternehmer dagegen schwärmt für niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und hohe Intensität der Arbeit. Mit anderen Worten: der Arbeiter will, wie jeder Warenverkäufer, für möglichst viel Geld möglichst wenig von seiner Ware Arbeitskraft geben, der Unternehmer will für

möglichst wenig Geld möglichst viel Arbeitskraft haben. Hier stehen sich zwei Interessengegensätze diametral gegenüber, zwei Interessentengruppen, die sich aufs bitterste bekämpfen. Und in diesem Kampfe siegt, wie in jedem anderen Kampfe, immer der Stärkere. Die Höhe des Lohnes, die Dauer der Arbeitszeit, überhaupt die Lohn- und Arbeitsbedingungen, werden bestimmt durch das Stärkeverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern: ist das Unternehmertum stark, so sind diese Bedingungen schlecht, ist die Arbeiterklasse stark, so sind sie gut — eine Tatsache, die wir in allen Branchen und in allen Ländern beobachten können.

Da erfahrungsgemäß der einzelne Arbeiter dem Unternehmertum gegenüber völlig machtlos und widerstandsunfähig ist, so muß er sich notwendigerweise mit seinen Berufs- und Klassenangehörigen zu starken Organisationen zusammenschließen, um so eine Macht zu bilden. Diese Notwendigkeit haben weite Kreise des arbeitenden Volkes erkannt und allüberall sehen wir ein Anwachsen der Gewerkschaften, durch die es den Arbeitern möglich geworden ist, dem Kapital in heißen Kämpfen Wortteile abzugewinnen. Es ist den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der verschiedensten Branchen gelungen, das Unternehmertum zu zwingen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Was speziell die Lohnbewegungen anbelangt, so zeigt sich in den letzten Jahrzehnten ein, wenn auch langsames, so doch beständiges Steigen der Arbeitslöhne, als ein erfreuliches sichtbares Zeichen dafür, daß die Organisationsbestrebungen Erfolg gehabt haben.

Leider hatte man aber übersehen, daß der Arbeiter nicht nur seine Arbeitskraft den Kapitalisten verkauft, sondern daß er auch von den Kapitalisten die Waren kauft, die er zu seinem Lebensunterhalt für sich und seine Familie gebraucht. Er spielt eben eine Doppelrolle, er ist Verkäufer und Käufer in einer Person und in beiden Eigenschaften kann er deshalb vom Kapitalisten ausgebeutet werden. In der Tat beobachten wir, daß das Kapital nicht nur das Bestreben hat, die Arbeitskraft des Arbeiters möglichst billig zu kaufen, sondern daß es auch darauf aus ist, die Waren, die der Arbeiter gebraucht, möglichst teuer zu verkaufen. Gelung es nun dem Arbeiter mittels seiner Gewerkschaft sich höhere Löhne zu erkämpfen, so bleibt doch dem Kapital noch die Möglichkeit übrig, den Arbeiter in seiner Eigenschaft als Käufer zu schürzen. Und wirklich hat uns die Erfahrung gelehrt, daß die so schwer erkämpften Lohnsteigerungen durch die fortwährend steigenden Warenpreise illusorisch gemacht werden, daß also das, was auf der einen Seite gewonnen wurde, auf der anderen Seite wieder verloren ging. Hieraus ergab sich für einen denkenden Arbeiter ganz von selbst die unabwendbare Notwendigkeit, daß er sich nicht nur in seiner Eigenschaft als Verkäufer der Arbeitskraft in Gewerkschaften organisieren muß, sondern, daß er sich auch in seiner Eigenschaft als Warenkäufer in Genossenschaften zusammenschließen muß. Gewerkschaften und Genossenschaften müssen sich gegenseitig ergänzen.

Diese Überzeugung ist in der deutschen Arbeiterklasse erst langsam und unter schweren Weidungen zum Durchbruch gekommen. Es sind kaum 40 Jahre her, daß Lassalle in seinem Offenen Antwortschreiben den Satz niederschrieb: „Die Benachteiligung, die den Arbeiterstand trifft, trifft ihn als Produzenten, nicht als Konsumenten. Es ist daher eine ganz falsche Hilfe, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, statt ihn auf der Seite zu helfen, wo ihn wirklich der Schuh drückt, nämlich als Produzenten.“ Diese Behauptung, die den deutschen Arbeitern lange Zeit als Richtschnur gedient hat, ist offenbar unrichtig. Der Arbeiter wird nicht nur im Gebiet der Produktion ausgebeutet, sondern auch im Gebiet der Distribution, der Güterverteilung wird er arg gerupft: er wird von allen Geschäftskleuten ohne Ausnahme über Ohr gehauen, vom Hausierer nicht minder wie vom Kleinhändler, Großhändler, Krämer, Agenten, Makler u. s. w. Allen diesen Leuten muß er fortwährend seinen Tribut zahlen, weil sie alle einen möglichst hohen Aufschlag nehmen auf die Waren, an deren Verteilung sie mitwirken. Sie alle wollen leben und zwar gut leben, und nicht nur gut leben wollen sie, sondern auch noch Geld auf die Seite legen. Das ist dies fertig bringen, ist ungewiss, denn es ist heutzutage viel vornehmer, den Vermittler zu spielen im Gebiet der Distribution, als selbst Waren herzustellen. Dies ergibt sich ganz deutlich daraus, daß Tausende und Abertausende von Menschen in die Sphäre des Handels strömen, wo sie eine bequemere Arbeit, eine größere Unabhängigkeit und ein höheres Einkommen zu finden hoffen, als wenn sie Arbeiter blieben. Und weil dies Hindernisse so rapid zunehmen, eilfertig sich dort ein solch erbitterter Konkurrenzkampf, daß der Profit selbst in Gefahr gerät. Diese parasitischen Zwischengewächse, die Mittelsleute des Handels, verlangen nun, daß ihr Profit und damit ihre Existenz gewährleistet werde und damit sie — die staatszerstörernden Elemente — eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz haben, sollen die Arbeiter von ihrem fauer verdienten Lohne einen großen Teil abgeben. Die Arbeiter sollen nach der Meinung dieser Leute ihre Waren unverhältnismäßig teuer bezahlen, lediglich zu dem Zwecke, damit der Kräfte vergendende und Kräfte zerplündernde Zwischenhandel erhalten bleibt.

Die Möglichkeit, daß der Arbeiter nicht nur durch niedrige Löhne (als Produzent), sondern auch durch hohe Warenpreise (als Konsument) vom Kapital ausgebeutet wird, beruht auf dem Wesen und der Natur des Arbeitslohnes. Der Arbeitslohn wird heutzutage fast ausschließlich in Geld ausbezahlt und dieser Geldlohn ist eine relative Größe, das heißt er steht nicht absolut fest, sondern muß erst durch verschiedene Umstände näher bestimmt werden.

Wenn uns jemand erzählt, er verdiene 30 Mfl. Wochenlohn, so kann ich nicht sagen, ob dies ein hoher oder ein niedriger Lohn ist. Zunächst muß er mir mitteilen, wie lange und wie intensiv er arbeitet, oder volkswirtschaftlich ausgedrückt, wie viel Arbeitskraft er dem Unternehmer für die 30 Mfl. gibt; sodann muß er mir angeben, ob die Lebensmittelpreise in seinem Wohnort hoch oder niedrig sind. Sind in seinem Wohnort die Mieten teuer, sind die Preise für Brot, Fleisch, Kleidung u. s. w. hoch, so ist 30 Mfl. ein niedriger Wochenlohn; ist umgekehrt alles billig, so ist 30 Mfl. ein hoher Wochenlohn. Aus diesem Grunde ist es so schwer, ein objektives, auch nur annähernd zutreffendes Bild von den absoluten Lohnverhältnissen der verschiedenen Zeiten und Länder zu gewinnen. Schon mancher Hinterwäldler, der mit Erfahrungen von den „hohen Löhnen“ einer Großstadt behaftet ist, wollte sich früher des Todes verwundern, wenn er erfahren mußte, wie wenig man mit diesen „hohen Löhnen“ auf dem teuren Großstadtpflaster kommt. Um die Löhne der verschiedenen Länder und Zeiten miteinander vergleichen zu können, muß man den Geldlohn in Sachlohn umrechnen, das heißt man muß berechnen, was man jeweils für diesen Lohn an Lebensmitteln im weiteren Sinne kaufen kann.

Eine jede Frau kann wohl schon die Erfahrung gemacht, daß das Geld keine absolute, sondern eine relative Größe ist. Nehmen wir an, daß sie bisher pro Woche 20 Mfl. Hausstandsgeld bekommen hat. Wie weit sie mit diesem Gelde reicht, richtet sich nach der Höhe der Lebensmittelpreise: werden die notwendigen Lebensmittel teuer, so wird das Hausstandsgeld weniger, trotzdem es dem Namen nach dasselbe bleibt, werden die Lebensmittel billiger, so ist das umgekehrte der Fall. Nehmen wir ferner an, ein Familienvater wäre in der Lage, ein Fünftel mehr Hausstandsgeld, statt 20 Mfl. namment 24 Mfl. geben zu können, so könnte die Frau unter gleichbleibenden Ver-

hältnissen für 4 Mfl. pro Woche mehr kaufen als bisher. Sind aber in derselben Zeit die Lebensmittelpreise ebenfalls um ein Fünftel oder gar um ein Viertel in die Höhe gegangen, so könnte die Frau nach wie vor nur dasselbe Quantum Waren oder gar für eine Mark weniger kaufen als vorher. Die Erhöhung des Hausstandsgeldes wäre also durch die Erhöhung der Warenpreise aufgejogen worden.

Ganz genau so liegt die Sache mit dem Arbeitslohn. Der Kapitalismus hat es verstanden, die von den Arbeiterorganisationen errungenen Lohnsteigerungen durch die höheren Lebensmittelpreise auszugleichen und dasjenige, was er den Arbeitern notgedrungen mehr geben mußte, auf einem Umwege wieder in seine Tasche zurückfließen zu lassen.

Abgesehen von der Schutzgesetzgebung (der Zollpolitik) und den Unternehmerkarotten spielt besonders der Zwischenhandel in dieser Verteilung eine verhängnisvolle Rolle. Der heutige Zwischenhandel bedeutet eine ungeheure Kräftevergeubung und Kräftezerplitterung, wodurch die Waren naturgemäß ungebührlich verteuert werden müssen. Die zahllosen überflüssigen Arbeitskräfte, die darin brach liegen, die Padennieten, die Klebamen und die zahllosen anderen Speisen werben selbstverständlich auf die Preise aufgeschlagen und müssen von den Käufern bezahlt werden. Eine vernünftige Regelung der Güterverteilung ist deshalb zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden. Die Arbeiter und speziell die Arbeiterinnen müssen endlich die Überzeugung gewinnen, daß es töricht ist, ihre Kundtschaft an jeden beliebigen Krämer und Händler zu verkleudern, anstatt zu einer Genossenschaft zusammenzutreten und die Verteile selbst für sich in Anspruch zu nehmen.

Rein theoretisch betrachtet, ergibt sich aus der Relativität des Arbeitslohnes respektive aus dem Doppelcharakter des Arbeiters als Verkäufer und Käufer die natürliche Konsequenz, daß Gewerkschaften und Genossenschaften sich gegenseitig ergänzen müssen, um der Ausbeutungsgier des Kapitals in etwas wenigstens die Krallen zu beschneiden.

### Zum Ausbau des Unterstützungswesens.

Wenn man die Vorlage des Vorstandes oberflächlich ansieht, so erweckt sie ja den Anschein, als ob die Arbeitslosenunterstützung bedeutend weiter ausgebaut würde; sieht man sie genauer an, so ist das nicht der Fall. Mit der Verlängerung der Bezugszeit für die Erwerbslosenunterstützung ist doch den Kollegen, die „arbeitslos“ werden, „mit Ausnahme derer, die sich auf der Wandererschaft befinden“, nicht geholfen. Ich glaube ganz bestimmt, daß Kollegen, die an eigenen Geibe schon die Arbeitslosigkeit erfahren haben, mit mir übereinstimmen, daß durch die Verlängerung der Bezugszeit auf 20 Wochen und durch Beibehaltung der alten Klassen kein weiterer Ausbau stattfindet.

Durch die Beibehaltung der Staffeln für Krankheit wie bei Arbeitslosigkeit, werden die kranken Kollegen bedeutend besser wegkommen, indem diese doch schon zwangsweise versichert sind und außerdem sehr viele Kollegen auch noch Hilfskassen angehören. Ich glaube, daß mancher Kollege es vorziehen wird, sich statt arbeitslos krank zu melden, da er ja unter Umständen 30 Mfl. die Woche beziehen kann. Im meine nun, man könnte doch bei Beibehaltung der Summe, die der Kollege in einem Jahre nach Vorschlag des Vorstandes beziehen kann, die Arbeitslosenunterstützung bei Einführung der Krankenunterstützung besser ausbauen. Der Verband würde dabei besser fahren; denn mir erscheint die Krankenunterstützung als zu hoch gegriffen. Ich würde vorschlagen: Wenn die Erwerbslosigkeit durch Krankheit eintritt, den betreffenden bei einjähriger Mitgliedschaft die Woche 4 Mfl., bei zweijähriger 5 Mfl., bei dreijähriger 6 Mfl., bei vierjähriger 7 Mfl., bei fünfjähriger 8 Mfl. zu zahlen. Dadurch könnte der Kollege, der durch Krankheit erwerbslos wird und genötigt ist, die ganze Summe in einem Jahre in Anspruch zu nehmen, bei einjähriger Mitgliedschaft 30 Wochen, bei zweijähriger 28 Wochen, bei dreijähriger 26 Wochen, bei vierjähriger 25 Wochen, bei fünfjähriger 25 Wochen Unterstützung beziehen. Da nun nach meinem Vorschlag die Bezugszeit bedeutend verlängert wird, wird es möglich werden, bei Erwerbslosigkeit durch Arbeitslosigkeit die Unterstützung zu erhöhen. Ich würde dazu vorschlagen: Bei einjähriger Mitgliedschaft 8 Mfl., bei zweijähriger 9 Mfl., bei dreijähriger 10 Mfl., bei vierjähriger 11 Mfl. und bei fünfjähriger 12 Mfl. zu gewähren. Die Bezugszeit würde hier etwas länger werden, was aber den arbeitslosen Kollegen besser zu Nutzen kommen wird, als eine bloße Verlängerung der Bezugszeit. Mein Vorschlag wäre bei Erhöhung des Beitrags von 40 auf 50 Pf. auch ausführbar, da der Kollege, der die ganze Summe von 200 Mfl. bezogen hat, kein Anrecht auf weitere Unterstützung in demselben Jahre mehr hat. Hat nun der Kollege nur bis 10 Wochen infolge Krankheit Unterstützung bezogen, so würde sich das Beispiel folgendermaßen gestalten: Bei einjähriger Mitgliedschaft 10 x 4 = 40 Mfl. u. s. w. Was übrig bliebe, könnte als Arbeitslosenunterstützung bezogen werden. Auf diese Weise könnte man die Erwerbslosenunterstützung auch auf 20 Wochen ausdehnen. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß man die Arbeitslosenunterstützung bei Einführung der Krankenunterstützung in diesem Sinne ausbauen könnte. Freilich würde die Durchführung etwas mehr Arbeit machen, aber so bedeutend würde das nicht sein. Meinetwils. Hermann Schaf.

Da das Unterstützungsweisen geändert werden soll, möchte auch ich ein paar Worte dazu sagen, da es viel zu wünschen übrig läßt. Der Beitrag kann erhöht werden und wenn es bis zu einer Mark geht. Aber eine große Ungerechtigkeit liegt in der Behandlung von Verheirateten und Unverheirateten. Bei Streiks und Ausperrungen werden die Verheirateten bevorzugt, ein solcher bekommt 14 Mfl., außerdem noch bis zu fünf Kindern à 1 Mfl. Ein Unverheirateter erhält nur 12 Mfl. Verlangt der Verheiratete für Frau und Kinder etwas, so soll er dafür zahlen oder es möge beiden „Kategorien“ gleiche Unterstützung gewährt werden. Denn kein Lediger ist schuld daran, daß ein anderer verheiratet ist. Bei Streiks und Ausperrungen heißt es immer: Die Ledigen sollen abreisen. Da müßte mancher 30- oder 40-Jährige, der die Welt schon genug kennen gelernt hat, der zehn Jahre Mitglied ist, zugunsten eines 21- oder 24-jährigen, der hinter dem Ofen noch nicht vorgekommen und der erst ein Jahr Mitglied ist, auf der Landstraße herumirrt. Nach meiner Ansicht sollte doch eine Altersgrenze festgesetzt werden, zum Beispiel das 30. Jahr, bis zu welchem jemand gezwungen werden könnte, eventuell abzurufen. Behe. H. U. Sch.

### Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauklempner und Installateure in Rheinland und Westfalen.

Bei den im Laufe der Jahre stattgefundenen Bewegungen der Bauklempner und Installateure wurde von den Meistern immer behauptet, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Gehilfen noch nicht die schlechtesten seien, deshalb wurden auch immer die Forderungen der Gehilfen als „ungerecht und übertrieben“ hingestellt. Im Sommer 1904 haben wir räumliche Erhebungen vorgenommen, um der Öffentlichkeit einmal zu zeigen, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit beschaffen sind. Es ist das schon deshalb nötig, weil die Unternehmer und Meister der betreffenden Branche im Jahre 1904 zweimal zu einer Konferenz zusammen traten, um „ungerechten Forderungen“ der Gehilfen den notwendigen Damm entgegen zu setzen und die „Standesehre“ zu wahren. Die nachfolgende Statistik kann nicht Anspruch auf Vollständigkeit machen, da sich die Erhebungen nur über 23 Orte erstrecken und aus den schämmigen Bänden uns kein Material zugefandt, das heißt



einhalten, wenn die Gehilfen auf dem Posten sind und die Tarife übernehmen. Daß in Düsseldorf der Tarif von den Innungsmeistern durchbrochen wird, ist schon angeführt. Der Meister Kremer beschließt sogar den Bekämpfung mit bei den Grubenarbeiten. Zwei Kollegen, die bei Meister Paar arbeiteten, sind in diesem Jahre bei einer Grubenarbeit erstickt. In der Bude ist keiner organisiert.

Im allgemeinen wird sehr über die schlechten Verhältnisse geklagt; das öfteren wird berichtet, daß der Raum auf dem Fragebogen nicht ausreichte, um über die Verhältnisse ausführlich berichten zu können. In Herbestätten, Kellern, bei schlechtem Licht müssen die Kollegen arbeiten, miserable Ventilation ist in den meisten Betrieben. Über mangelhaftes Werkzeug wird von jedem Orte geklagt. In einer Bude (Detmold) besteht das ganze Werkzeug für einen Kollegen aus einem Hammer, das andere Werkzeug muß er sich von seinen Kollegen borgen. Ein überflüssiger Meister ist in Herne (der Meister hat nur in der einen Bude gelernt und gearbeitet). Er fragte einen Kollegen, wie er in Dortmund und Kolben warm gemacht hätte. Die richtige Antwort wäre gewesen: In der Sonne oder im Wasser. Aus jedem Orte wird geklagt über die schlechte Behandlung. In Dortmund scheinen auch die Meister sich mit Zoologie zu befassen, da sie die Gefellen mit Namen aus dem Tierreich titulieren. Der Meister Görzgen in Hemscheid scheint auch am liebsten Schafstöpfe, Gel und Henscheln zu beschäftigen. Meist sich über derartige Schimpfworte ein Gefelle nicht auf, so hilft der Meister mit einer Eisenstange nach. Bei der Firma Arnold Kohl in Essen wird man auch handgreiflich, wenn die Gehilfen sich einmal erlauben, den Vorgelegten ihre Meinung zu sagen. Die Firma hat über 40 Arbeiter. — Man könnte noch viele Einzelfälle anführen, wir wollen jedoch den Raum der Zeitung nicht zuviel in Anspruch nehmen.

Die Statistik und die Bemerkungen dazu zeigen, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auch schlechte Zustände existieren. Die Kollegen haben alle Ursache, kräftig für die Agitation zu arbeiten, damit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von Rheinland und Westfalen den übrigen Großstädten gleichgestellt werden. Die Meister traten im Sommer 1904, als wir die Statistik aufnahmen, sofort in Krefeld zusammen, um einen Schutzverband gegen die Gehilfen zu gründen. In Dortmund saßen die Herren am 16. November wieder zusammen, um ihr „Standesinteresse“ zu wahren, das heißt, auf Kosten der Gehilfen sich Vorteile zu verschaffen. Anstatt, daß die Herren die Schmutzkonturrenz, unter sich auf dem Gebiet des Submissionswesens einmal beiseite, erblickten sie in der Gehilfenenschaft ihren grimmigsten Feind. Ja, man trägt sich mit dem großartigen Gedanken, Legitimationskarten an die „meistertreuen“ Gefellen auszugeben, die Meister wollen sich jetzt schon Arbeitswillige, Streikbrecher für allenfällige Lohnbewegungen sichern.

Kollegen! Das Vorgehen der Meister muß uns zu noch intensiverer Agitationsarbeit anspornen. Darum jeder auf seinem Posten, sei jeder sich seiner Pflicht bewußt! R. Sp.

**Hirsch-Dunckersche Heldentaten.**

„Eine gute Ausrede ist einen Taler wert.“ Der Regulator „rechtfertigt“ in seiner Nr. 53 die Aufnahme des Arbeitswilligen-Gefells für Artern damit, daß in der Metallarbeiter-Zeitung erst am 26. November von den Maßregelungen Notiz genommen wurde. Bei so viel Bauernschlauheit ist es fast noch ein Wunder, daß nicht auch noch behauptet wird, die Metallarbeiter-Zeitung habe eine Falle gestellt, sie habe die Bekanntgabe der Differenzen in Artern deshalb so lange hinausgeschoben, damit dem Regulator die Aufnahme des Inzerats ermöglicht werde, um ihn dann anzugreifen zu können. Der Regulator hat nun noch den traurigen Mut, unter Berufung auf unsere Publikationen über Artern zu sagen, daß „die Sache aus Artern eine Mache von den Verbändlern ist, um die Arbeiterbewegung auf einige Zeit zu hemmen und zu sprennen.“ Das schreibt ein „Arbeiterblatt“ nach der brutalen Maßregelung der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes und der Witzachtung des Koalitionsrechtes durch die Direktion der Knyfshütterhütte!

Alle Versuche des Regulators, sich weiß zu waschen, scheitern aber an den Tatsachen, gegen diese kann der größte Lügenkünstler und Zäpfenspieler nicht aufkommen. Die Heerei der Gewerkeintler gegen die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes wurde von Anfang an betrieben, als unsere Verwaltungsstelle gegründet wurde. Im Frühjahr 1904 legte unser bis dahin auf der Hütte tätiger Bevollmächtigter die Arbeit nieder, weil er wußte, daß von einzelnen Gewerkeintlern für seine Entlassung gewirkt wurde. In Nr. 40 der Metallarbeiter-Zeitung vom 1. Oktober 1904 ist eine Korrespondenz über die Verhältnisse auf der Knyfshütterhütte enthalten, in der auch bereits davor gewarnt wird, „auf die vielen Zeitungen erlassenen Beschäftigungsangebote hereinzufallen.“ Am 15. Oktober 1904 wurde unser damaliger Bevollmächtigter und noch ein Kollege gemahregelt. Darüber herrschte große Erregung unter den Arbeitern der Hütte. Deshalb wurde zum 27. Oktober eine Vertikativversammlung einberufen, zu der auch die Gewerkeintler zum großen Teile, trotz Abrensens einzelner Hirsche, erschienen waren. Diese Versammlung beschloß einstimmig, an die Direktion die Forderung auf Aufhebung der Maßregelung zu stellen; weitere Maßnahmen gegen die Firma sollten vorbereitet werden. Am 23. Oktober wurden die beiden Gemahregelten mit den Beschäftigten der Vertikativversammlung bei der Direktion vorstellig; sie erhielten eine ablehnende Antwort. Von weiteren Maßnahmen wurde vom Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes deshalb Abstand genommen, weil die Gewerkeintler unzuverlässiger als die Anorganisierten waren und es deshalb nicht ratsam war, wegen der zwei Gemahregelten einen Streit einzuleiten. Von allen diesen Vorgängen vom 15. bis 28. Oktober war die Gewerkeintlervereinigung unterrichtet. Trotzdem erschien am 18. November im Regulator das Streikbrecherinzerat!

Auf der Knyfshütterhütte dauerte natürlich nach dem 23. Oktober die Erregung fort. Angeleitet durch Gewerkeintler nahm die Direktion weitere Maßregelungen vor. Am 9. November traf das Schicksal wieder zwei Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes. Jeder Arbeiter auf der Hütte war darüber unterrichtet, daß die Direktion in der gewaltsamsten Weise alle Verbandsmitglieder zum Austritt aus dem Verband zwingen oder entlassen wollte. So kam der 14. November heran. An diesem Tage verlangte die Direktion die Unterzeichnung des in Nr. 50 der Metallarbeiter-Zeitung abgedruckten Inzerats. Am 15. November wurden alle, die den Inzerat nicht unterschrieben hatten, entlassen. Darunter befand sich auch ein Mitglied des Gewerkeintlers der Maschinenbau- und Metallarbeiter, der von seiner Organisation Unterstützung verlangt hat! Trotzdem dieses Gewerkeintlersmitglied wegen Maßregelung Unterstützung erhalten wollte, erschien das Streikbrecherinzerat in der Nr. 45 des Regulator vom 25. November nochmals! In beachtlich dabei besonders, daß im Gewerkeintler jede Unterstützung aus solchen Anlässen vom Generalrat in Berlin angewiesen werden muß. Aber die Redaktion des Regulator erfährt davon nichts! Aus dieser Regiererng der Vorgänge erhebt jeder Mensch, mit welcher Bravo man im Regulator die Tatsachen aus der Welt legt. Zur weiteren Illustration des Regulators sei aber noch darauf verwiesen, daß in der Arbeiterpresse wiederholt auf die Zustände in Artern hingewiesen wurde. Im hallerischen Volksblatt vom 8. November befindet sich ein spottvoller Artikel über die Vertikativversammlung vom 27. Oktober. Der schlaue Regulator, der sonst über alle Vorgänge im Metallarbeiter-Verband so gut unterrichtet zu sein vorgibt, weiß aber davon nichts!

Die Vertikativversammlung in Artern wurden in den letzten Tagen des November in der Tagespresse ausführlich besprochen, und deshalb erschien in Nr. 50 des Regulator eine „Rechtfertigung“ der Handlungsweise der Gewerkeintler in Artern. Ja dieser „Rechtfertigung“ werden aber alle unsere Behauptungen bestätigt. Wenn es werden darf die Gewerkeintler ganz frech aufgefordert, trotz der Sozialkommunisten auf der Knyfshütterhütte dort Arbeit zu nehmen! Da wußte also die Redaktion des Regulator, was in Artern vorgefallen, aber trotzdem ließ sie zugleich im redaktionellen Teile

noch die Gewerkeintler auffordern, Streikbrecher zu werden! Der Artikelschreiber in Artern und die Redaktion des Regulator erklärten sogar noch: Die Maßregelung der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes ginge sie nichts an, sie wäre ganz in Ordnung! Zugleich wurde erklärt: Wenn man für den Metallarbeiter-Verband Hilfe haben wollte, so hätte sich der Metallarbeiter-Verband an den Gewerkeintler wenden müssen. Aber warum sollte der Metallarbeiter-Verband den Gewerkeintler um seinen Beistand ersuchen? Man beachte wohl: Die Knyfshütterhütte legte allen ihren Arbeitern, auch den Mitgliedern des Gewerkeintlers, den Mevers zur Unterschrift vor und entließ die, die nicht unterschrieben, darunter auch ein Mitglied des Gewerkeintlers. Da wäre es doch Pflicht des Gewerkeintlers gewesen, auf dem Wege zu erscheinen und für seine Mitglieder einzutreten. Statt dessen erschienen im Regulator die Streikbrecherinzerate und im redaktionellen Teile wurde zum Streikbruch geraten. Daraus kann man nur den Schluß ziehen, daß es sich in Artern in der Tat um eine Mache, eine abgekartete Geschichte zwischen dem Gewerkeintler und der Direktion der Hütte handelte, um die Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes los zu werden.

Wir begreifen nun sehr wohl den Ärger des Regulator darüber, daß derartige „Heldentaten“ durch die in hoher Auflage erscheinende Metallarbeiter-Zeitung eine so weite Verbreitung finden. Davan wird aber sein feindliches Geschimpfe rein gar nichts ändern.

Über die Lippstädter Angelegenheit hüllt sich der Regulator nun in Schweigen. Da ließ sich also keine Ausrede, keine Lüge mehr erfinden! Vielleicht lernt der Regulator aber noch etwas vom Gewerkeintlersboten. Dieses Blatt will nun bezüglich Lippstadt keine Behauptung aufstellen, sondern nur eine „höfliche Anfrage“ gestellt haben. Eine Behauptung hat das Blatt nicht aufgestellt, aber eine Verdächtigung ausgesprochen und dazu noch ein Zitat aus dem Vorwärts mißbraucht. Der Gewerkeintlersbote will nun seine Anfrage verschärfen, er fragt, woher die Halbfabrikate kommen und wie weit an deren Herstellung in Berlin Streikbrecher beteiligt sind. Nun, vielleicht sind es Gewerkeintler, die bewußt Streikbrecher machen! Und der Gewerkeintlersbote ist vielleicht über die Dinge unterrichtet. Dann ist es aber ein unverantwortliches Spiel, durch wichtigweisige Andeutungen andere Leute zu verdächtigen!

Dem Gewerkeintlersboten ist auch unsere Bemerkung über den Streit um den „Futterkorb“ in die Krone gefahren und er reimt sich nun wieder einiges zusammen über Schilde, Johannes Schern und R. Sp. Und um die Weisheit seiner „Philosophie“ gleich selber ins rechte Licht zu setzen, sagt er: „Man sei also vorsichtiger in der Auffassung solcher Behauptungen, deren Oberflächlichkeit man schon selbst erfahren.“ Wozu dann die Anführung solcher oberflächlichen Behauptungen im Gewerkeintlersboten? Das schönste ist, daß sich der Gewerkeintlersbote als die liebe Unschuld aufspielt, der die Verteidigungsmittel fehlten. Deshalb ruft er: „Presse, ist der immer wieder schallende Ruf, der bis in die äußersten Hütten dringen möge. Sammelt Gelder für Anteilsscheine.“ Der geistige Leiter des Gewerkeintlersboten kann also die Zeit gar nicht erwarten, wo er die auf Anteilsscheine gezickneten Gelder verpulvern kann. Preßiert es wirklich so?

**Die Lohnbewegung in der Berliner Gelbmetallindustrie.**

In der Versammlung der Ausständigen am 5. Januar wurde mitgeteilt, daß wieder eine Anzahl Fabrikanten den Tarif in allen Teilen unter schriftlich anerkannt haben. Es sind dies die Fabrikanten, die schon vor Monaten mit dem rigorosen Aussperrensbeschluß der Kühnemänner unzufrieden waren, aber erfolglos gegen die leitenden Scharfmacher opponierten. Als Mitglieder des Kühnemännerverbandes mußten sie sich auf Grund ihrer eingegangenen Verpflichtungen zwar den Beschlüssen der Fabrikantenvereinigung fügen, wollten sie anders nicht zur Zahlung der Konventionalstrafe gezwungen werden. Sie erklärten der Streikzeitung seinerzeit ehrenröhrlich, ihre Mitgliedschaft im Kühnemännerverband zum 1. Januar zu kündigen und sich dann an seiner Ausspernung mehr zu beteiligen, nach abgelaufener Kündigungsfrist auch den Tarif der Gelbmetallarbeiter zu unterschreiben. Letzteres ist jetzt geschehen und damit auch gleichzeitig die Mitgliedschaft dieser Fabrikanten im Kühnemännerverband erloschen. Die Herren sind von den Scharfmachern gründlich furiert worden und tragen keinerlei Verlangen mehr nach den Fleischtöpfen der Kühnemänner; sie haben den Terrorismus der maßgebenden Berliner Metallindustriellen zur Genüge kennen gelernt und sind froh, ihre volle Freiheit wieder zu besitzen. — Andere Firmen jammeren noch immer über den „Eigensinn der Arbeiter“, der bekanntlich so weit ging, den Herren zu den 70 Prozent der Ausgeperrten auch noch die letzten 30 Prozent der Kollegen aus den Betrieben herauszugreifen, so daß die Verhältnisse gänzlich verwaist waren. Wiederholt haben sich Fabrikanten während der letzten Tage wieder an die Streikposten herangemacht und zu solidieren versucht. Auf ihre Frage: Was soll denn nun eigentlich werden? Die lange soll der Streik denn noch dauern? wurde ihnen stets prompt zur Antwort, daß es lediglich von dem Verhalten der Fabrikanten abhängt, ob der Kampf weiter geführt werde oder nicht. Solange die Fabrikanten eine Vertikativversammlung ablehnen, solange könne auch vor der Beendigung des Streiks keine Rede sein. — Der Referent Cohen war in der Versammlung auch der Ansicht, daß die jetzige Hochheimeigkeit der Holzindustriellen bei den Einigungsverhandlungen auf dem Gewerkeintler höchstwahrscheinlich auf das hinterlistigste Treiben der Kühnemänner zurückzuführen sei. Es sei eine bekannte Tatsache, daß die meisten Metallwarenfabrikanten bereits längst freiz- und aussperrensmaße feren und nur noch mit allen Mitteln von den Hauptkühnemachern zusammengehalten würden. Wenn nun in der Holzindustrie eine Einigung zustande kommt, so fürchten die Oberkühnemänner offenbar, daß ihre noch mit Ach und Krach bei der Jagde gehaltene Geselligkeit ebenfalls energig zum Frieden drängt. Das paßt jenen aber durchaus nicht in den Kram, da sie es in ihrer Verblendung ja auf eine bedingungslose Kapitulation, und wenn möglich auf eine vollständige Vernichtung des Metallarbeiter-Verbandes abgesehen haben. Deshalb wohl ihre geheimen Einfälle auf die leitenden Personen der Holzindustriellen, um dort den Friedensschluß möglichst zu verzögern, damit durch die längere Dauer des Kampfes die Mitglieder der Metallwarenfabrikantenvereinigung wieder hoffnungsreicher gemacht und die Metallarbeiter schließlich müde werden sollen. Es scheint, so meinte der Referent, daß die Fabrikanten wirklich erst durch die eiserne Macht der Tatsachen von der Raison ihrer Aufsetzungen geheilt werden müßten. Der Verlauf des Kampfes werde zeigen, daß ihnen all ihre Schiebungsstücke nichts nützen. Nur mögen sie sich dann auch selbst die Schuld an der Erschöpfung der Berliner Gelbmetallindustrie zuschieben.

Allgemeine Entrüstung erregte jedoch die Mitteilung Cohens über eine polizeiliche Ausweisung zweier freilebenden Ausländer. Es handelt sich um einen Russen und einen Ungar, die seit zehn bis zwölf Jahren hier als verheiratete Arbeiter ansässig gewesen sind und von dem polizeilichen Besatz erhalten haben, bis zum 8. und 14. Januar das Reichsrecht Preußen zu verlassen, weil sie sich hier angeblich lästig gemacht haben. Dieses Säpigmachen besteht lediglich in der Beteiligung beider Arbeiter am Streik. Aus aller Vorsicht hatte die Streikleitung beide nicht einmal zum Streikposten stehen herangezogen, damit sie nur nicht Gefahr laufen sollten, mit irgend einem der vielen diensteifrigen Polizeibeamten in Konflikt zu kommen und diesen dadurch etwa einen auch nur scheinbar berechtigten Vorwand zur Säpigmachung zu geben. Und dennoch sind sie „lästig“ geworden. Einer der Ausgewiesenen hat seit Jahren schon wiederholt Anträge auf Naturalisierung gestellt und dabei gleichzeitig eine Anzahl glänzender Führungszeugnisse vorgelegt. Seine Anträge wurden aber stets abgelehnt; ob nun deshalb, weil er Mitglied des Gewerkeintlers war, oder aus anderen Gründen, mag dahingestellt bleiben. Möglich, daß die Ausweisungsbefehle wieder zurückgezogen würde, wenn die beiden Arbeiter erklären, Streikbrecher zu werden.

Doch da sie als ehrerbietende Arbeiter eine solche Erklärung niemals abgeben werden, wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als mit Weib und Kind den preussischen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln und sich eine andere Heimat zu suchen.

Vergegenwärtigt man sich, wie ein verkommenes Gesindel von den Fabrikanten während des Streiks gerade aus dem Ausland zu Streikbrecherdiensten nach Berlin gezogen worden ist und hier von der Polizei wohlwollend geduldet wird, so müssen diese Ausweisungen ganz besonders empfindbar wirken. Als Streikbrecher ist kein Fabrikant jeder Ausländer willkommen; sei es ein internationaler Zuhälter oder Verbrecher; sie werden niemals seine Ausweisung verlangen. Noch ist nichts davon bekannt geworden, daß auch nur ein einziger der vom Ausland hergelassenen Arbeitswilligen polizeilich abgehoben wäre, weil er sich „lästig“ gemacht hätte. Ehrliche Ausländer aber, sofern sie sich an einem Streik beteiligen, verfallen der rücksichtslosen, kleinlich-blindeitigen Verfolgung der Arbeitgeber, die nicht einmal vor Herd und Familie Halt macht. Und dabei wollen diese Denunzierfabrikanten der Welt glauben machen, sie trüefen von Wohlwollen für die Arbeiter und ihr gutes Herz blute beim bloßen Gedanken an das Elend der Familien freilebender Arbeiter.

Zuzug von Berlin ist unter allen Umständen streng fernzuhalten, von den Machinations der Agenten der Kühnemänner ist sofort an die Verbandsstellen zu berichten.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Um Fretümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 15. Januar der 3. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Januar 1905 fällig ist.

**Ausgeschlossenen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 8 des Statuts:**

- Auf Antrag der Einzelmitglieder in **Burthardtshorf:**
  - Der Nadelmacher Oswald Lässig, geb. zu Falken am 6. November 1870, Buch-Nr. 456 615, wegen unkollegialen Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Deffau:**
  - Der Schlosser Otto Berger, geb. am 25. Oktober 1875 zu Quellendorf, Buch-Nr. 302 197;
  - der Mieter Wilhelm Büttner, geb. am 16. Juli 1875 zu Motha, Buch-Nr. 726 441;
  - der Schmied Hermann Hängchen, geb. am 22. März 1881 zu Thizeu, Buch-Nr. 726 431;
  - der Schlosser Hermann Guth, geb. am 4. September 1870 zu Deffau, Buch-Nr. 726 443;
  - der Schlosser Hermann Liedtke, geb. am 19. Oktober 1874 zu Raundorf i. Schl., Buch-Nr. 483 134;
  - der Bohrer Franz Otte, geb. am 8. April 1859 zu Or. Kühnau, Buch-Nr. 726 445;
  - der Schlosser Max Pannicke, geb. am 18. Juli 1877 zu Deffau, Buch-Nr. 726 440;
  - der Schmied Alexander Richter, geb. 10. März 1881 zu Deffau, Buch-Nr. 726 449;
  - der Schlosser Otto Weneze, geb. am 6. Mai 1874 zu Eingenau, Buch-Nr. 302 191, sämtliche wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Peine:**
  - der Dreher Wilhelm Cravenhorst, geb. am 27. Oktober 1867 zu Magdeburg, Buch-Nr. 537 438, wegen unkollegialen Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Neutlingau:**
  - der Former Joh. Ebert, geb. am 8. Januar 1866 zu Malen, Buch-Nr. 688 190;
  - der Hilfsarbeiter Joh. Haug, geb. am 31. Dezember 1869 zu Gerlingen, Buch-Nr. 552 733;
  - der Former Albert Herz, geb. am 19. Juli 1869 zu Sonthofen, Buch-Nr. 552 724, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Solingen:**
  - der Messerschläger Ewald Neuhaus, geb. am ? zu ?, Buch-Nr. 715 723, wegen Denunziation und unkollegialen Verhalten.

**Nicht wieder aufgenommen werden dürfen:**

- Auf Antrag der Einzelmitglieder in **Dresden:**
  - der Mechaniker Walthar Böhmner, geb. am 31. Mai 1881 zu Pflaundersdorf, Buch-Nr. 735 092;
  - der Schlosser Wilhelm Greulich, geb. am 25. Juli 1874 zu Briebitz, Buch-Nr. 685 936;
  - der Schleifer Julius Grundig, geb. am 4. April 1862 zu Dresden, Buch-Nr. 537 613;
  - der Mechaniker Gustav Hainke, geb. am 6. Mai 1881 zu Bederwitz, Buch-Nr. 770 386;
  - der Mechaniker Robert Pirich, geb. am 14. August 1874 zu Dresden, Buch-Nr. 404 378;
  - der Schleifer Paul Rojcher, geb. am 2. August 1867 zu Rändert b. Limbad, Buch-Nr. 290 929;
  - der Mechaniker Max Rojchentrans, geb. am 25. Mai 1882 zu Dresden, Buch-Nr. 770 275;
  - der Klempner Otto Winkler, geb. am 18. März 1878 zu Dresden, Buch-Nr. 499 746, sämtliche wegen Streikbruch.

Wegen die betreffenden Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen aus dem Verband ausgeschlossen werden.

- Dem Kleinver Franz Kitzky, geb. am 21. Dezember 1886 zu Deutschneudorf, Buch-Nr. 462 055, auf Antrag der Verwaltungsstelle in Halle a. S., wegen Schwindels.
- Dem Former Paul Krüger, geb. am 14. Juli 1886 zu Guben, Buch-Nr. 614 223, nach einem von den Einzelmitgliedern in Schönebeck a. Elbe gestellten Antrag, wegen Diebstahl.

Der Spengler Karl Karcher von Weisweil, geb. 1879, wird dringend ersucht, seine Adresse der Spenglergewerkschaft Zürich, S. Neuhoff, Friedheimerstr. 15, zuzuflecken.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Hölz-Strasse 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

**Quittung**

über die vom 1. bis 31. Dezember 1904 bei der Hauptkassie eingegangenen Verbandselder.

- Bonn: Hachen Nr. 900. Altenburg 1600. Altona 2500. Altötting 80. Altwasser 245. Apolda 280. Mchtersleben 500. Alue 1800. Auerbach 100. Augsburg 500. Arheilgen 300. Amberg 200. Annaberg 100. Baden-Baden 75. Barmen 4200. Baugen 340. Bieber 50. Bielefeld 6500. Bochum 500. Bremen 1900. Bremer-

Haven 600, Breslau 6800, Wände 800, Burg 400, Bürgel 190, Chemnitz 15000, Grimnitzschau 500, Darmstadt 1200, Delmenhorst 150, Dieffenbach 200, 21. Döbeln 350, Dortmund 1100, Dresden 500, Duisburg 600, Düsseldorf 1800, Eisenberg 200, Eisenberg S.-M. 120, 75, Eisenberg (Pfalz) 230, Elbing 200, Emmendingen 100, Erfurt 600, Eich 100, 45, Eilen 3500, Eplingen 600, Feuerbach 350, Finsterwalde 700, Flensburg 600, Frankfurt a. M. 5600, Freiberg 180, Freiburg i. B. 350, Freiburg i. Schl. 120, Fürstwalde 600, Frauenthal 800, Gießen 150, Gießenkirchen 340, Gera 710, Gevelsberg 1000, Gießen 300, Gieschau 251, 01, Gleiwitz 50, Gmund 700, Gollern 90, Görlitz 1500, Göpping 150, Greiz 300, Großsch. 180, Gröna 182, 93, Gröna 80, Halle 2600, Hamburg 15000, Hamm 100, Hannover 3000, Harburg, Klemperner 125, Haspe 200, Heilbrunn 135, 30, Herne 310, Hildesheim 500, Hirschberg 150, Hohenstein-Ernstthal 125, Jägershausen 338, 94, Jägerlohn 533, 28, Jöhnde 125, Jauer 105, Jena 600, Kaiserlautern 350, Kassel 1600, Kettlerbach 150, Kiel 1600, Köln 3300, Köslin 200, Krefeld 200, Kronenberg, Schleifer 200, Küstrin 160, Lägerdorf 250, Landrecht 100, Lauß 93, 29, Lechhausen 100, Leer 100, Leipzig 16635, Liegnitz 400, Lindbach 300, Lindau 100, Lippstadt 100, Lübau 100, Lollar 450, Lübeck 800, Ludenwalde 800, Ludwigshafen 700, Luxemburg 175, Magdeburg 12000, Mainz 2000, Mannheim 3000, Marktampadi 362, Marktampadi 200, Meerane 300, Mehlis 200, Merseburg 200, Meisebach 40, Mägdeice 1 429, 32, Mügeln 1100, Mühlheim a. M. 605, Mühlhof 152, 56, Mühlhausen i. G. 100, Mühlheim a. Rh. 3200, Mühlheim a. Ruhr 250, München 10000, Mündelheim 165, Münster 125, Niederargardt 170, Niedersulm 480, Neheim 30, Neugersheim 400, Neumarkt 240, Neumünster 200, Neusalz 32, Neustädt 61, 75, Niederjäditz 500, Nordhausen 200, Nowawes-Neuenhof 350, Nürnberg, Altb. 18000, Formier 593, 86, Reifzugmacher 800, Oberstein 270, Oberweiß 260, Radeberg 280, 72, Radolitz 78, 17, Ratibor 35, Ratingen 100, Ravensburg 40, Reichenbach i. B. 100, Reichenbach 150, Renscheid 800, Rendsburg 300, Reppen 100, Riea 150, Roßbach 100, Rößlau 200, Ropewein 350, Saalfeld 1400, Saigergaue 150, Stegmar 476, Solingen 5000, Sorau 150, Schneebühl 500, Schöningen 450, Schramberg 250, Schwabach, Altb. 293, 71, Siedler 440, 70, Schweidnitz 150, Schweinfurt 400, Schwelm 150, Schwennigen 350, Schwiebus 100, Schmiedeberg 331, 58, Straßburg 100, Straubing 88, 70, Stuttgart 5000, Tönning 600, Torgau 90, Torgeloh 350, Triebberg 250, Troßingen 43, Tutzingen 150, Ulm 200, Wegelaf 500, Velfert 3000, Veitshau 185, Villingen 52, 30, Wartenstein 60, Wegbach 31, 50, Weisenfels 300, Wernigerode 380, Wiesbaden 600, Wilhelmshagen 600, Wilhelmshaven 1000, Witten 250, Wittenberg 100, Wittenberg 150, Wriegen 55, Würzen 500, Würgau 77, 45, Zeitz 300, Zerbit 217, 18, Zittau 600, Zorge 250, Zuffenhausen 433, 59, Zwickau 1100, Zwönitz 75, Einzelmitglieder der Hauptklasse 350, Für Protokolle der VI. ordentlichen Generalversammlung 12, 50, Monatskalender 1904 8, Für Formerkalender 1707, 14, Zurückbezahlte Schuld von Fr. Fehrmann, Bonn, 2, M. Lindner, Zeitz 7, P. Witt, Schweidnitz, 12, Sammelgelber 3200, Sonstige Einnahmen 5, 15, Zinsen 56, 23.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Gesandten von Oberen werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Mängel sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

**Zur Beachtung.**

**Zuzug ist fernzuhalten:**

- von Drechern, Formern und Schloßern nach Bamberg (Gedächtnis-Langhammer) M.; nach Eretlin (Stoerer) St.;
- von Formern und Eisengießerarbeitern nach Jorin (Th. Warden) nach Solingen;
- (Wook, Inhaber Stöder);
- von Gärtern, Frickern, Schleifern, Weizern, Drechern und Metallformern nach Werlin; nach Erfurt;
- von Härtlern nach Wald (Gru);
- von Klempnern und Zinkalutern nach München (Kuzsche Industriewerke, Gasmeserfabrik) St.;
- von Kesselschmidern nach Kopenhagen (Zweigniederlassung der Braunschweiger Gasometer- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Kohmann Fahrradlaternenfabrik) St.; nach Wrandenburg (Wohmann & Eisenmenger) M.; nach Dessau (Waggonfabrik) M.; nach Nürnberg (Eislich-mechanische Spielwarenfabrik von E. Plank) M.; nach Eretlin (Stoerer) St.;
- von Metallgießern nach Oberswalde (Lunig) St.;
- von Monteuren nach Köln a. Rh. (Helios) St.;
- von Schlägerarbeitern nach Solingen (Gm. Wolfers) St.;
- von Schleifern und Polierern nach Velfert (Schloßfabrik G. Judick) St.;

**Aus den Agitationsbezirken.**

**V. Bezirk.**

In der vom Kollegen Wob in Nr. 1 veröffentlichten Darstellung über die Mühlhauer Angelegenheit ist auch der Satz enthalten: „Die Mittel wurden so hoch zur Verfügung gestellt, daß die Verwaltung in Mühlhausen i. Th. auch an alle nicht bezugsberechtigten Verbändemitglieder auszahlen konnte, wozu vom Vorstand keine Mittel angewiesen werden durften.“ Daraus könnte gefolgert werden, daß der Vorstand auch die Mittel zur Unterdrückung der Nichtbezugsberechtigten zur Verfügung gestellt hätte. Das war keineswegs der Fall. Die von der Ortsverwaltung beliebige Verwendung der überwiesenen Gelder war nur möglich, weil die Zahl der Nichtbezugsberechtigten vermindert wurde, lediglich aus letzterem Grunde waren die Zuschüsse in den ersten Wochen höher als sie erforderlich gewesen wären.

**VIII. Bezirk.**

Die Konferenz für den achten Bezirk findet am Sonntag den 22. Januar, vormittags 9 Uhr, in Mainz, Restaurant Zum goldenen Pflug, statt.

**Tagesordnung:**

1. Die kommende Generalversammlung und der Ausbau unseres Verbandes;
2. Der nächste Gewerkschaftskongress;
3. Anträge und Verschiedenes.

Die Bestimmungen über die Wahl der Delegierten und alles andere habe ich den Ortsverwaltungen bereits per Zirkular mitgeteilt. Die Delegierten, die bereits am Samstag abend in Mainz eintrafen, wollen dies dem Kollegen Hausmann, Mainz, Mittlere Straße 31, 1, mitteilen.

Mit kollegialen Grüßen  
Der Bezirksleiter: Fritz Schuler.

**Korrespondenzen.**

**Formier.**

**Wachen.** In der Gießerei der hiesigen Waggonfabrik treten sehr sonderbare Verhältnisse zu Tage. Der Gießemeister, ein gewisser Herr Herr. Habe, der manchem Kollegen nicht unbekannt sein dürfte, hat in den zwei Jahren seines Hierseins im Lohnbüchsen schon manches geleistet und sich dadurch die Anerkennung des Betriebsleiters erworben. Lie den Formern bei der im vergangenen Sommer stattgefundenen Ausperrung gemachten Zugeständnisse sind für Herrn Habe nicht maßgebend. Als die Kommission deshalb bei der Direktion vorstellig wurde und sich über Habe beschwerte, daß er die Arbeit sehr ungleich verteilte, einige Formier direkt bevorzugte (letzteres betrifft die Arbeitswilligen), erklärte, er der Direktor mit dem Verhalten des Meisters einverstanden. Er sagte: „Das muß der Meister am besten wissen, wer ihm die Arbeit leisten kann.“ Damit war die Kommission entlassen. Einige Wochen vor Weihnachten wurde die Kommission gerufen. Es wurde ihr eine Bestätigung auf sieben Waggon-Vormislinge für die Dresdener Straßenbahn vorgelegt, die auf dem Submissionsweg vergaben werden sollte. Sie sollte aber von den Formern für den Preis von 1 Mt. pro 100 Kilogramm gemacht werden, um mit einigen schleichenden Mitteln konkurrieren zu können, wie sich der Direktor ausdrückte. Das Annehmen wurde jedoch von den Formern zurückgewiesen, da Vormislinge für den eigenen Betrieb, die noch einmal so schwer sind, mit 2 Mt. pro 100 Kilogramm bezahlt werden. Der Direktor war sehr empört und ärgerte sich nicht mehr um die Gießerei kümmern zu wollen. Am 2. Dezember klagte ein Formier beim hiesigen Gewerbegericht, da ihm Ausschlag der durch schlechtes (poröses) Eisen entstanden sei, abgezogen wurde, trotzdem solcher Guß, wie aus der Direktion versprochen hatte, bezahlt werden sollte. Der Formier erhielt sein Geld, wurde aber die nächste Woche entlassen. Trotzdem die Kommission vorstellig wurde, blieb die Entlassung bestehen. Der Betriebsleiter führte auf dem Gewerbegericht an, daß sich in der Gießerei mehrere Leute befinden, die fortwährend „heben“, diese müßten bestraft werden, dann würde Ruhe eintreten. Er meinte damit die Kommission, der auch der Kläger angehörte. Auch Herr Habe steht auf dem Standpunkt: „Die Alten müssen raus, dann wird's anders.“ Um zu vermeiden, daß die alten Leute nach und nach fliehen und durch andere ersetzt werden, beschloß man, über die Wege die Sperre zu verhängen.

**Hannover.** Zum Streik in der Drehbankfabrik von D. Wohlbentz. Wie schon in der letzten Nummer berichtet wurde, verfuhr die Firma, ihren Guß in anderen Gießereien herstellen zu lassen; viel Mühe wird sie damit nicht haben. In der hiesigen Gießerei war für dieses wohl nicht gelingen, denn die Formier von Hannover-Linden sind glücklicherweise so gut organisiert und informiert, daß sich keiner an der Wohlberg'schen Arbeit die Finger verbrennen wird. Schon am Freitag den 20. Dezember sind Modelle von Wohlberg nach der Gießerei Müller in Langenhagen geschickt worden; als die Arbeit dort in Auftrag gegeben wurde, ist die Fertigstellung von den Formieren verzögert worden. So wird es in allen hiesigen Gießereien gehen. Aber, selbst wenn es gelingen sollte, von außerhalb Guß hierher zu bekommen, dürfte der Firma damit doch nicht geholfen sein. Denn zum Weiterarbeiten gehören auch noch Arbeiter, und diese haben sich einmütig mit Formieren solidarisiert, erklärt und werden es ablehnen, Guß zu verarbeiten, der von Arbeitswilligen angefertigt ist. Das sind die Früchte der brutalen Behandlung, die die Wohlberg'schen Arbeiter nun schon seit Jahren von Dr. Hüfner, Professor und Schweißelohn des Herrn Wohlberg, ausgeht sind. Wäre, ein schmeißiges Kommando hatten die Arbeiter in der letzten Zeit bei der Firma. Der Herr Doktor glaubte das, was ihm an Fachkenntnis und Erfahrung abging, durch prognost und herrisches Auftreten ersetzen zu können. Aber dieses Auftreten hat den Arbeitern dort wenig imponiert. Wenn der Herr Doktor, er künnte mit „seinen“ Weiten machen, was er wolle, so hat er sich gewaltig geirrt, wie er nun zu seinem Schaden wohl bald einsehen wird. Der Herr verlangt von „seinen“ Arbeitern, daß, wenn sie Beschwerden haben, sie diese einzeln vorbringen sollen. Kann ein einziger und beschwerte sich, dann ließ es ganz kurz und bündig: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie gehen.“ Oder die Beschwerden wurden, ganz gleich, ob im Kontor oder in der Werkstatt, oft derartig angeknurrt, daß ihnen vor Schreck das Wort im Munde hielten blieb. Daß die Arbeiter, und auch die willigsten, durch diese Handlungsweise direkt in die Organisation hinein-gezwungen wurden, ist ja klar. Kann eine Kommission, so ergibt es dieser nicht besser. „Kommission“, dieses Wort muß etwas ganz Schreckliches für den Herrn Doktor bedeuten. „Schon wieder eine Kommission, wie kommt das bloß, davon haben wir früher doch nichts gekannt.“ So äußerte er sich leuchtend. Es scheint dem Herrn vollständig unbekannt zu sein, daß die Leitungen der größten Werke hier am Ort schon seit Jahren gar nichts ungewöhnliches darin finden, sich mit ihren Arbeitern, sei es als Ausschußmitglied oder Krankenkassenvorstand, über Arbeitsverhältnisse oder sonstige Angelegenheiten zu verständigen. Sollte vielleicht das Studium des „guten Tonen“ dem Herrn nicht so viel Zeit lassen, sich hierüber zu informieren? Auch im gewerblichen Reiches steht der Herr Doktor nicht allzu bewandert zu sein, stellte er doch den Formieren und Gießereiarbeitern Entlassungsscheine folgenden Inhaltes aus: „Der Formier etc. etc. in meinem Betrieb als Formier beschäftigt, ist auf meine Kündigung heute ordnungsgemäß aus der Arbeit getreten. Wende entlassen, weil er sich einem Streit angeschlossen hat.“ Daß die Annahme dieser Urlassbriefe verweigert wurde, versteht sich am Rande. Am 2. Januar wurde ein Schlosser kurzerhand entlassen. Der war nach der Dreherei gegangen, um eine Mutter, die er sofort brauchte, abzurufen zu lassen. Dies hatte der Doktor gesehen und er schnauzte nun den Arbeiter in der üblichen Weise an. Als dieser erwiderte, daß er doch die Mutter brauche, ließ es einfach: „Sie können aufhören.“ Am 3. Januar kam endlich der ersahnte erste Guß. Der Meister hatte mit dem Lehrling einige Stücke gegossen. Der Schlosser, der diese Arbeit brauchte, lehnte die Weiterverarbeitung ab, worauf seine Entlassung erfolgte. Darauf legten die sämtlichen übrigen Arbeiter, Schlosser, Dreher, Maschinenarbeiter, zusammen 105 Mann die Arbeit nieder. Wir eruchen die Kollegen allerorts, den Zuzug fernzuhalten. Die Formier insbesondere mögen auf der Hut sein vor Meddellen, die aus Hannover kommen.

**Klempner.**

**Hamburg.** Die Sektion der Klempner hielt am 18. Dezember vorigen Jahres eine gut besuchte Generalversammlung ab, zu welcher der zweite Vorsitzende der Verwaltungsstelle Hamburg, Kollege Franz, erschienen war, um über die Verschmelzung der Verwaltungsstellen Hamburg, Altona, Wilhelmshagen und Harburg zu einer gemeinsamen Verwaltung mit dem Sitz in Hamburg zu referieren. Kollege Franz führte in einer längeren Rede alle Vorteile, die den Mitgliedern dadurch erwachsen würden, klar vor Augen, und erntete für seine Ausführungen großen Beifall. Nachdem sich alle Kollegen, die sich zum Wort gemeldet hatten, für den Zusammenschluß ausgesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Mitglieder der Sektion der Klempner in Harburg erklären sich mit dem Ausschüssen des Meisters einverstanden und sind mit dem Vorbehalt im Prinzip einverstanden, erwarten jedoch, daß dieser Beschluß die allgemeine Verwaltungsstelle Harburg folgen wird, und so der Übertritt mit Abschluß des ersten Quartals 1905 gemeinsam erfolgen kann.“ Da bis zum projektierten Übertritt nur eine kurze Spanne Zeit ist, wurde auf allgemeinen Wunsch die Ortsverwaltung in ihrer bisherigen Zusammenfassung gelassen.

**Metallarbeiter.**

**Hudapest.** Die Sektion und Modelloschloß der ungarischen Kampfabrik, Aktiengesellschaft, befinden sich mit der Firma in Lohn-differenzen. Da der Werkmeister Paul Jahn in Deutschland Arbeitsverhältnisse sucht, wird der Zuzug nach hier erwartet.

**Chemnitz.** Eine außerordentlich statt besuchte Metallarbeiter-versammlung wurde am 16. Dezember v. J. im Kolosseum in Rappell abgehalten, um Stellung zu nehmen zur Vorstandsverlagerung über den Ausbau des Unterstufungswehens im Verband. Kollege May Feld-Dresden referierte. Der Referent verhandelt es, an der Hand von Tatsachen alle bisherigen Einwände, die gegen Einführung von Krankenunterstützung im Verband erhoben wurden, zu widerlegen. In Anbetracht der großen Vorteile, die die Verbandsmit-glieder dann haben, sei auch die Beitragserhöhung von 40 auf 60 Pf. nicht zu hoch. In der Diskussion führte unter anderem Kollege Krause an: Nachdem der Vorstand seine Vorlage so ausgearbeitet hat, daß kaum etwas dagegen eingewendet werden kann, erkläre er sich für einen Freund derselben. Er halte aber den Zeitpunkt für günstig, eine Klassenerteilung der Wochenbeiträge vorzunehmen, um auch denen den Beitritt zum Verband möglichst zu machen, die Löhne von 12, 14 und 16 Mt. pro Woche erhalten. Er unterzog auch die Entlohnung und Lebensweise der Metallarbeiter im Erzgebirge und auf dem Lande einer Besprechung. Das Unternehmertum verlege immer mehr seine Fabriken auf das Land, der billigen Arbeitskräfte wegen. Wir hätten deshalb alle Verantwortung, auch die Arbeiter dieser Betriebe für unsere Sache zu gewinnen. Das sei durch einen entsprechenden Beitragssatz möglich. Nach einer in diesem Sinne eingebrachten Resolution sollte sich die Versammlung im Prinzip mit der Vorstandsverlagerung einverstanden erklären, gewünscht wird aber die Einführung folgender Klassen: I. Klasse 20 Pf. für weibliche und solche männliche Mitglieder bis zu 16 oder 17 Jahren, sofern ihr Lohn 15 Mt. pro Woche nicht übersteigt; II. Klasse 35 Pf. für Mitglieder bis 19 Jahren mit einem Lohn bis 15 Mt. pro Woche; III. Klasse 50 Pf. für die übrigen Altersklassen mit höheren Löhnen. Der Ein- oder Übertritt in höhere Klassen bedürfe gewisser Voraussetzungen (Kohndachweis). Krause begründete alle Einzelheiten der Resolution ausführlich und erntete fast einmütige Zustimmung. Die übrigen Redner ergingen sich teils für und teils gegen die gemachten Aus-sicherungen, einige empfahlen die Abschaffung der einmütigen Klassen, zeit oder wenigstens Herabsetzung auf drei Tage. Kollege Jung-nick erklärte sich ebenfalls als Freund des Vorstandsprojektes. Für die klassifizierten Beiträge halte er die Zeit noch nicht gekommen. In seinem Schlusswort ging der Meister nochmals auf alle Ein-wendungen ein und versuchte sie zu widerlegen. Er freute sich aber, daß Bedenken von großer Bedeutung nicht geäußert worden seien. Aber die Resolution betraf er, daß er sich nur mit dem ersten Teile einverstanden erklären könne, den zweiten Teil ersuche er wegen der Undurchführbarkeit abzulehnen. Die Abstimmung ergab die Ab-nehmung der Resolution. Zum Schluß wurde noch der Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz gewählt wurden: Kollege Krause mit 250 Stimm. Gumbertmann mit 120, May Wagner mit 121 Stimmen. Die Versammlung gab einen von Krause geleiteten Antrag einstimmig über Zustimmung, den ausländischen Formieren in Berlin, neben den von den organisierten Formieren in Chemnitz gestellten 50 Mt. noch 150 Mt. zur Weihnachtsgabe zuzuschicken.

**Hannover.** Am 26. Dezember v. J. fand eine gut besuchte Ver-sammlung der Heizungsarbeiter statt. Man einem Vortrag des Kollegen Strieker gab der Vorstand über den Bericht über die Arbeiten im verwichenen Jahre. Danach hat es auch im Jahre 1903 an kleineren Differenzen nicht gefehlt. Hauptächlich war es die Firma Gebrüder Körting, die versuchte, die Löhne herunter zu drücken. So stellte die Firma im Sommer an verschiedene Kollegen das Ansuchen, Montag in Hannover für einen Stundenlohn von 30 bis 35 Pf. auszuführen. Der größte Teil der Kollegen verzichtete selbstverständlich auf dieses günstige Angebot, es fanden sich aber doch zuletzt einige, die die Arbeiten für diesen Preis ausführten. Durch das Eingreifen der Ortsverwaltung wurde verhindert, daß mehr Kollegen auf dieses Angebot eingingen. In der nachfolgenden Diskussion wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß derartige Fälle in Zukunft wohl nicht mehr vorkommen werden. Sodann wurde das Verhalten des Hauptvorstandes in Sachen der am 15. Mai abgehaltenen Konferenz einer abtätigen Kritik unterzogen. Einige Redner waren der Ansicht, daß die ganze Kon-ferenz überflüssig gewesen sei, während der größte Teil der Kollegen auf dem Standpunkt stand, daß die Konferenz wohl ihren Zweck hätte erfüllen können, wenn die dort gefassten Beschlüsse wirklich ausgeführt worden wären. Die größte Schuld hierbei sei dem Haupt-vorstand beizumessen, da bis heute den Verwaltungen weder das Protokoll noch die auf der Konferenz versprochenen Flugblätter zu-gestellt worden sei. Der Hauptvorstand habe in einem Schreiben vom 10. Dezember es nun überhaupt abgelehnt, das Protokoll jedoch wie das Flugblatt herauszugeben. Es wurde hervorgehoben, daß die auf solchen Konferenzen gefassten Beschlüsse auch durchgeführt werden müßten. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 26. Dezember 1903 tagende Versammlung der Heizungsarbeiter von Hannover-Linden nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Beschlüsse der am 15. Mai stattgefundenen Konferenz bis jetzt teils des Hauptvorstandes noch nicht durchgeführt sind. Sie könne sich mit dem Schreiben deselben vom 10. Dezember nicht einverstanden erklären, ist vielmehr der Ansicht, daß auch der Haupt-vorstand nicht kompetent ist, sich über die Beschlüsse derartiger Kon-ferenzen hinweg zu setzen. Sie erwartet deshalb, daß das Verzeichnis unverzüglich nachgeholt wird.“

**Homburg v. d. S.** Infolge der schlechten Verhältnisse in den hiesigen Betrieben der Metallbranche haben sich die Kollegen genötigt, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abzuhalten. Kollege Demmer aus Frankfurt a. M. referierte. Auf Grund zahlreicher Materials kritikerie er die große Menge krasser Mißstände. Homburg ist eine Stadt, in der die Preise für den Lebensunterhalt sehr hoch sind. Die Wohnungen sind so teuer wie in einer Großstadt. Die Bedarfsartikel sind 20 bis 30 Prozent teurer wie in anderen Orten. Aus Fleischessen dürfen die wenigsten Arbeiter denken, weil die Löhne so niedrig sind. Es kommen wohl Löhne von 30 bis 50 Pf. vor, das sind die Höchstlöhne, die nur von einem Teile der Arbeiter bei 11 bis 13 Stunden täglicher Arbeitszeit erzielt werden. Die Formier arbeiten in Alford, wissen aber nie im voraus, was sie für ein Stück Arbeit bekommen. Ihre Arbeitszeit ist eine lange; es ist vorgekommen, daß ein Formier in 14 Tagen 30 Überstunden machte. War es doch mehrmals der Fall, daß bis nachts 11 und bis 2 Uhr gearbeitet wurde. Diese Serie Arbeiter wird natürlich als Viehkind betrachtet. Die Tagelöhner erhalten 26 bis 32 Pf. die Stunde. Kollege Demmer zeigte den Kollegen den Weg, wie sie zu einer Besserung der Verhältnisse kommen können. Er stellte auch den Antrag, hier eine Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ins Leben zu rufen. In einer Versammlung am 18. De-zeember wurde demgemäß beschloßen. Kollege Demmer erwähnte die Kollegen, nun eine fleißige und kräftige Agitation zu entfalten.

**Kassel.** Bei der Besichtigung, mit der die hiesige Lokomotiv-fabrik Henschel & Sohn in auswärtigen Zeitungen tüchtige Dreher, Schlosser, Schmiede u. s. w. sucht, ist es wohl angebracht, die Arbeitsverhältnisse bei dieser Firma etwas näher zu beleuchten. Die Einführung in den Betrieb erfolgt nur unter Vorzeigung bester Zeug-nisse, sonstiger möglicher oder unmöglicher Papiere, auch unter Bei-schaffung eines polizeilichen Führungsattests. Schon gar mancher Kollege hat erge Enttäuschungen erlebt. Ein in jeder Beziehung tüchtiger, längere Zeit als Meister tätiger Formier, der seine An-stellung fast versprochen erhielt und der seine Arbeitsstelle als Meister aufgegeben hatte, wurde, als man ihm das polizeiliche Führungs-attest aberlangt hatte, wieder in Gnaden entlassen. Warum? Das Attest erkannte seine Führung als gut an, trug aber am Schluß die Vermerk: „Beirast nach S. . . .“ Und was war sein ganzes Ver-gehen? Er hatte vor Jahren einmal Handgittel zu einer Versammlung von einer Werkstätte verbreitet und war deshalb mit einer Strafe von 5 Mt. belegt worden. Solche Leute kann die Firma freilich nicht gebrauchen. In der Schlosserei ist das Kolonnenystem ein-geführt. Hat der Vorarbeiter (in 14 Tagen) seine 90 Mt. im Säckel, so kommt der beste Gehilfe, der 50 bis 55 Mt. erhält. Die weiteren Arbeiter erhalten weniger. Bei circa 20 Überstunden, deren es ja stets genug gibt, mag die beste Hilfe auch 60 bis 65 Mt. verdienen, der Vorarbeiter hat dann sicher 110 Mt. und oft noch viel mehr. In verschiedenen Fällen ist es vorgekommen, daß man, wenn der Vor-

Arbeiter krank war, Arbeiten dem ersten Gehilfen übertrug. Mar der Gehilfe gut angefahren, erhielt er den verdienten Anforderschuss, an mißliebige Gehilfen wurde aber nur der sonstige Lohn ausbezahlt, der Überschuss wanderte in die Taschen des Vorarbeiters, obwohl er bei der betreffenden Arbeit gar nicht mitgewirkt hat. Wird einmal die Stelle eines Vorarbeiters frei und der erste Gehilfe, der schon 4 bis 5 Jahre bei der Firma beschäftigt war, gefällt dem Herrn Meister nicht, so werden oft Leute ernannt, die kaum ein halbes Jahr im Betrieb sind. Bei den Schmieden sind die Verhältnisse wohl noch schlechter, feste Preise für ihre Arbeiten gibt es überhaupt nicht; niemand weiß vorher, was er verdient hat, erst aus der Lohnbude erfährt er es. Wenn diese Arbeiter sich besonders angestrengt haben und einmal eine bessere Zahlung zu erreichen glauben, so ziehen sie bei der Auszahlung lange Geschlechter. Bei ihrer angestrengten Tätigkeit Überstunden nicht als genügend zu erachten. Da die Zugschmiede pro Markt abgelieferte Arbeit nur 40 Pf. erhalten, kann man sich denken, daß ihr Lohn geradezu erbärmlich zu nennen ist. Bei den hiesigen teuren Verhältnissen bleibt es ein Rätsel, wie die Kollegen ihr Leben fristen können; und deshalb ist es erklärlich, daß hier zugereifte Kollegen sich schnellstens wieder aus dem Staube machen. In gesundheitlicher Beziehung bleibt natürlich vieles zu wünschen übrig. Die vor Jahren angelegene Ventilation liegt in süßer Ruhe. Dicker Qualm und Rauch lagert den ganzen Tag in der Schmiede, nicht von einem Feuer zum anderen kann man Personen erkennen. Bei einem veruchten Durchgang durch die Kolhenditmolde Schmiede mußte sich Schreiber dieses schnell zurückziehen, um frische Luft zu schöpfen. Sehr bezeichnend ist der vom Wunde eines Meisters entlassene Ausruf: „Wir werden euch eure Hirnen schon aus dem Kopfe bringen.“ (Er meinte hiermit die Organisation.) Wundert man sich über derartige Ausrufe der Meister nicht, wenn man dem Herrn Ingenieur Kleb einmal zuhört, der die Arbeiter mit den lieblichsten Redensarten, wie Schafköpfe, verdammte Bande u. s. m. tituliert. Das Eldorado aller Werkstätten ist wohl unstrittig die der Formerei. Daß in diesem von Gas und Schwefeldunst oft bis zum Erstickten angefüllten Raume noch Menschen leben und gar arbeiten sollen, hält man nicht für möglich. Jeder, der hier einmal etwas zu erledigen hat, ist froh, wenn er den Rücken wieder wenden darf. Da das Trocknen der Formen auch bei Tage in den Arbeitsräumen vorgenommen wird und bei jetziger kalter Jahreszeit ellihe mit Kots angefüllte Formlasten die Heizung der Werkstätten besorgen, so kann man sich wohl vorstellen, daß Fenster und Türen vollständig offen bleiben müssen, denn Ventilation gibt es auch hier nicht. Als man an kalten Tagen die Fenster und Türen schloß, mußten sie schnellstens wieder geöffnet werden, da sonst Erstickungsgefahr drohte. — Noch vieles andere wäre zu berichten. Wundert man sich, daß der große Teil der hier beschäftigten Arbeiter vollständig gleichgültig allen diesen Dingen gegenüber steht. Als in den Kolhenditmolde Werkstätten vor kurzer Zeit zehn Prozent an verschiedenen Art ein abgezogen wurde, da hat mancher Kollege die Faust geholt und auch einmal — geschimpft. Aber mit Ernst an die Organisation aller dieser Mißstände zu denken und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, durch den allein eine Besserung herbeigeführt werden kann, fällt ihnen nicht ein. In letzter Zeit hat die Firma auch wieder das Bauen billiger Arbeiterwohnungen (deren sie schon eine ganze Reihe hat) schenungsbast betrieben. Warum? Nur um die Arbeiter ganz von sich abhängig zu machen. Kollegen der Deutschen Fabrik! Für euch muß die Parole lauten: Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, wenn ihr nicht ganz zu Sklaven werden wollt.

**Köln-Deus.** Die Arbeiter der Gasmotorenfabrik Deus haben fortgesetzt über Mißstände zu klagen. Man muß sich fragen: wie ist es möglich, daß die Arbeiter unter den Verhältnissen, wie sie im Betrieb existieren, arbeiten können? In den einzelnen Werkstätten ist ein Dunst und eine Temperatur, die oft unerträglich sind. Eine Dampfheizung ist wohl vorhanden, aber man spürt nichts davon, besonders im Betrieb. Die Arbeiter stehen da morgens an den Maschinen und haben die Hände in den Taschen, weil die Finger vor Kälte steif sind, da an allen Ecken der Wind freien Eingang halten kann. In der Schleiferei haben die Arbeiter sehr unter dem Schmirgelstaub zu leiden. Auf ihren Wunsch hat man vor einigen Monaten angefangen, einen Ventilator aufzustellen; aber wann der fertig wird, ist eine Frage der Zeit. Kein Mensch kümmert sich mehr darum. Da ist es wirklich angebracht, daß der Gewerbeinspektor einmal eingreift. Die Aborte sind zwar damals umgeändert worden, aber an der nötigen Reinlichkeit fehlt es immer noch. Auch herrscht ein Durcheinander, das man bei jeder Benutzung befürchten muß, sich eine Erkältung zuzuziehen. Zu diesen Mißständen kommt die Behandlung der Arbeiter durch die Meister. Der Meister Gabura schickt den Arbeiter, der eine Reparatur an der Maschine hat, einfach acht Tage in Urlaub; ob der Mann verheiratet ist oder nicht, hört ihn wenig, obwohl der Betrieb dieses Meisters Gedura groß genug ist, um einige Arbeiter für einige Tage anders zu beschäftigen. Hat ein Arbeiter ein Stück Werkzeug zu reparieren, so bedarf es einer sehr geräumigen Zeit, ehe er das Stück zurück erhält, da es ist schon öfter vorgekommen, daß die Werkzeuge ganz vergessen waren. Bei Neuankunft von Werkzeugen kommt es häufig vor, daß, wenn die Arbeiter die Sachen abholen wollen, es einfach heißt, die seien ja gar nicht bestellt. Der Meister Jöller in der Dreherei 1 scheint nicht mehr zu wissen, daß er früher selber Arbeiter gewesen ist. Verdient aber heute ein Arbeiter einmal etwas, so hat der Mann nichts eiligeres zu tun, als abzuschließen. Darum auch das fortwährende Beschleien der Arbeiter in diesem Betrieb. Bei dem Meister Sommerer in der Schlosserei ist es oft vorgekommen, daß er sich an Befragten vergrißen hat. Auch müssen die Schlosser ihre Arbeit häufig unterbrechen, weil sie kein Material haben. Dies alles sind Mißstände, denen unbedingt abgeholfen werden muß. Man könnte ihrer noch sehr viele aufzählen; aber für heute ist es genug. Hoffentlich wird sich die Direktion dieser Dinge annehmen. Den Arbeitern aber rufen wir noch eindringlicher als bisher zu: Trete ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband; denn mit Wünschen und Bitten ist in der Gasmotorenfabrik nichts zu erreichen.

**Mannheim.** Eine „arbeiterfreundliche“ Firma läßt sich die in letzter Zeit unter der Arbeiterchaft sehr unüblich bekannt gewordene Firma Rud. O. Meyer im Judentum nennen, und mancher Arbeiter war sogar bis jetzt noch der Meinung, daß die Firma selbst eigentlich weniger schuld an den vielen Mißständen sei, sondern, daß diese auf das eigenmächtige und böswillige Vorgehen einzelner Beamter zurückzuführen sei. Diese Illusion wurde in den letzten Wochen gründlich zerstört. Am 10. Dezember v. J. wurden sechs, zum Teil jahrelang bei der Firma beschäftigte Dienstreiber plötzlich entlassen mit der Begründung, die Vorschriften bezüglich der Regierung des Metalls seien nicht beachtet und dadurch Ausschuss produziert worden. In Wirklichkeit war ein einziger Arbeiter dabei betroffen worden, wie er sogenannte „Trichter“, also bereits legiertes Metall, in den Ofen geworfen hatte, um sich durch die umherliegenden Eisenmassen einen Weg zu bahnen. Dies war der angebliche Grund der Entlassung dieser sechs Leute; der eigentliche Grund, der eine derart brutale, allem Recht hochwachtende Entlassung bedingte, war jedoch ein ganz anderer: die wohlorganisierte Arbeiterchaft sollte durch eine derartige Maßnahme in den Ausstand getrieben werden, 14 Tage vor dem großen Friedensfest, in einer Zeit, die für die Arbeiter die unglücklichste des ganzen Jahres gewesen wäre. Nichtsdestoweniger nahm die Arbeiterchaft massig für die Entlassenen in einer am 12. Dezember v. J. stattgefundenen Fabrikversammlung Stellung und beauftragte den Arbeiterausschuss, bei der Generaldirektion der Firma in Hamburg vorzulegen zu werden. Derselbe suchte durch eine Zuschrift für die Entlassenen einzutreten, die Generaldirektion bittend, den Fall zu untersuchen und Recht zu sprechen. Die Zuschrift lautet: „Mannheim, 17. Dezember 1904. An die Generaldirektion des Eisenwerkes Rud. Otto Meyer, G. m. b. H., Herr Graf Schiele, Ingenieur, Hamburg. In der Erfüllung übernommenen Pflichten eine hehre Aufgabe ersehend, steht ich der unterzeichneten Arbeiterchaft Ihres Mannheimer Eisenwerkes entgegen, Ihnen über ein Vorkommnis der letzten Tage in unserer

Fabrik zu berichten. Hinsichtlich des allgemeinen Vertrauens, welches man Ihnen entgegenbringt, glauben wir auch den richtigen Weg einschlagen, indem wir uns an die Generaldirektion wenden, sie ersuchend, den perweisen Maßnahmen eines der hiesigen Beamten zu begegnen, bevor es zu spät ist und ein Konflikt mit der gesamten Arbeiterchaft unvermeidlich wird. Der betreffende Beamte, Herr Ingenieur Fressberger, entließ Samstag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, sämtliche sechs am Feuer des Schmelzofens beschäftigte Osenarbeiter mit der Begründung, die Vorschriften der Regierung nicht erfüllt und somit daran die Schuld zu tragen, daß in letzter Zeit ein großer Teil der Schmelzung Ausschuss war. Ebenfalls und mit derselben Begründung wurde der die Entlassenen kontrollierende Chemiker sofort entlassen. Eine derartige Begründung ist haltlos und ersuchen wir daher unseren hiesigen Direktor, in der Frage nicht nur den Ankläger, Herrn Fressberger, sondern auch die Beschäftigten, die entlassenen Arbeiter anzuhören. Jedoch vergebens: Dem Verlangen wurde nicht entsprochen. Allgemein ist man der Ansicht, daß Herr Fressberger, welcher die Zusammenfassung der verschiedenen Eisenarten vorschreibt, unrichtig kombiniert hat und nun die Schuld auf die Schultern anderer abwälzen will. Wir sind nun in der Lage, Ihnen die Regierung der letzten Woche mitteilen zu können, und haben daher hauptsächlich die zeitweisen Veränderungen in beiliegender Tabelle festgelegt. Wir ersuchen Sie daher freundlichst, genannte Zusammenfassung einer genauen Durchsicht zu würdigen. Die Tabelle fußt auf den von Herrn Fressberger gemachten Zusammenstellungen und tragen die Regierungszettel die Unterschrift unseres Sicherheitsmeisters Huber. Wie aus einer angefügten Tabelle ersichtlich, steigert sich der Ausschuss von 1. auf den 2. Dezember derart, von 15 auf 35 Glieder, so daß man unwillkürlich nach der Ursache sucht. Hierbei zeigt sich, daß wahrscheinlich durch die Erzeugung des feinstörnigen Krupp-Hämatits durch das Zusehen der Breffenaussschuss so rapid in die Höhe ging. Allerdings wurde schon Ende November viel Ausschuss gemacht und rührt dies meines Erachtens hauptsächlich daher, weil bei der Zusammenlegung der Stahlzufuhr weggelassen wurde. Ihnen die diesbezügliche Beurteilung überlassend, bemerken wir bloß noch, daß sofort, nachdem Krupp-Hämatit am 9. und 10. Dezember wieder mitgelegt wurde, der Breffenaussschuss wieder abnahm. Und die Ursache der Entlassung, die Regierung am 10. Dezember nicht der Vorschritt gemäß gemacht und daher Ausschuss gemacht zu haben, wird durch das Schmelzungsergebnis vom 10. Dezember ab abstrudum geführt, indem gerade die Schmelzung dieses Tages seit langer Zeit die beste war, trotzdem an diesem Tage einer der Entlassenen unabhingewogen einige Gabeln „Trichter“ (vollständige Regierung) in den Ofen warf, was schon öfter auf Veranlassung unseres Meisters Huber selbst geschah, was jederzeit von einer Anzahl einwandfreier Zeugen bezeugt werden kann. Wir erinnern: Den Fehler eines einzelnen durch die Entlassung von sechs Mann zu sühnen, ist eine Tat, die ihresgleichen sucht, und besonders typisch erscheint der Fall, wenn man bedenkt, daß gerade in der gegenwärtigen Jahreszeit, vor Weihnachten, sechs Mann in der brutalen Weise ohne Grund dem Glend überantwortet werden, die zum Teile schon jahrelang in Ihrem Betrieb zur vollen Zufriedenheit der Vorgesetzten tätig waren. Das Verhalten Fressbergers entbehrt jeder Logik und richtet sich von selbst. Von Ihnen, der Generaldirektion, erwarten wir das Recht, das wir hier gesucht, aber nicht gefunden haben, nämlich die Wiedereinstellung der sechs entlassenen Osenarbeiter. In der Hoffnung, in Ihrer umgehend erwarteten Antwort eine befriedigende Lösung des schwerwiegenden Falles erwarten zu können, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung der Arbeiterchaft des Eisenwerkes R. O. Meyer, Mannheim.“ — In der der Zuschrift beigelegten Tabelle wird deutlich bewiesen, wer der schuldige Teil daran ist, daß der Breffenaussschuss derart riesige Dimensionen annahm. Jedem halbwegs mit der Technik vertrauten Former leuchtet es ein, daß für dünnwandige Schloßkörper, die einer Preßung unterworfen werden, ein feinstörniges Eisen unumgänglich notwendig ist. Wenn nun für die Glieder des Strehel-Kessels statt dem feinstörnigen Krupp-Hämatit grobkörniges Stisen verwendet wird und dadurch viel Ausschuss entsteht, so tragen hieran wohl nicht die die Regierung Ausführenden, sondern der Auftragerteilende die Schuld. Ohne darüber weitere Worte zu verlieren, lassen wir wörtlich die Antwort folgen, welche den Arbeitern von der Hamburger Generaldirektion zuteil wurde. Die Firma schreibt: „Hamburg, 23. den 24. Dezember 1904. An den Arbeiterausschuss des Rud. Otto Meyer, G. m. b. H., Eisenwerk, Mannheim. Wir empfangen Ihr Schreiben vom 17. d. M. — Post-namuel 19. Dezember — und teilen Ihnen daraufhin mit, daß für alle die Arbeitsverhältnisse unseres Mannheimer Werkes betreffenden Fragen unsere dortige Geschäftsführung allein für Sie zuständig ist. Wir verweisen Sie deshalb ausdrücklich auf dieselbe und bemerken nur noch, daß uns dieselbe lange und gut genug bekannt ist, um von vornherein zu wissen, daß alle ihre Maßnahmen der Billigkeit durchaus entsprechen. Hochachtungsvoll Rud. Otto Meyer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Graf Schiele.“ — Außerordentlich lehrreich ist diese frivole, dem Kernpunkt der Sache answeisende Antwort der Generaldirektion, beachtenswert hauptsächlich für den unorganisierten Arbeitermann, der immer noch den naiven Glauben in sich trägt, im wirtschaftlichen Leben gehe Recht vor Gewalt, und der deshalb gern an das gute „Geg“ des Unternehmers und seiner Organe appelliert. Die grobe, verlesende Antwort der Generaldirektion wurde kurz in folgender Weise erwidert: „An die Generaldirektion der Rud. Otto Meyer, Eisenwerk, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Herrn G. Schiele, Ingenieur, Hamburg. In Beantwortung Ihrer Zuschrift vom 24. ds. teilen wir Ihnen mit und bemerken hierzu ausdrücklich, daß wir durch Ihre Vermittlung den Frieden erhoffen, jedoch sehr enttäuscht wurden; Sie werden deshalb konsequenterweise die hieraus resultierenden Folgen selbst zu tragen haben. Hochachtungsvoll Mannheim, 30. Dezember 1904. Der Arbeiterausschuss des Eisenwerkes R. O. Meyer, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim.“ — Am Mittwoch den 4. Januar behandelte eine Fabrikversammlung nochmals die Angelegenheit, wobei noch andere Mißstände zutage gefördert wurden, und nahm nach Verlesung der mit der Generaldirektion gepflogenen Korrespondenz folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige Fabrikversammlung von R. O. Meyer protestiert einmütig gegen das Vorgehen des Herrn Fressberger sowie gegen das Antwortschreiben der Generaldirektion in Hamburg, steht aber momentan vom äußeren Schritte — dem Streik — ab, behält sich jedoch vor, zu gegebener Zeit mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den willkürlichen Maßnahmen der Firma entgegenzutreten.“ — Die nächste Zeit wird zeigen, ob rechtschicklose Unternehmervilligkeit die Vernunft zu weitaus vermag. An der Arbeiterchaft von R. O. Meyer liegt es, ihr bereits gutes Organisationsverhältnis in einer Weise der Vollendung nahe zu bringen, daß sie am Tage der Abrechnung gewappnet dasteht.

**Solingen.** Es wird wohl allgemein bekannt sein, daß wir hier immer noch mit Lokalorganisationen zu rechnen haben. Mit der technischen Entwicklung und Errichtung moderner Großbetriebe werden auch hier die Kämpfe der einzelnen Berufsgruppen immer heftiger, föhnieliger. Anstatt des früheren Kampfes um die Preisverzeichnisse, liegen nunmehr die eigentlichen Klassenkämpfe ein. Ein Gefühl der Unzufriedenheit treibt die Lokalgewerkschaften zum weiteren Ausbau der Organisation, zur Erhöhung der Beiträge und zur Erörterung der Frage, was eigentlich werden soll, wenn ein größerer Kampf hier ausbricht. Dazu bemerkt man, wie der Metallarbeiter-Verband sich immer weiter entwickelt und auch aus den speziellen Berufen der hiesigen Industrie immer mehr und mehr Kollegen zum Verband überziehen wollen. Grenzstreitigkeiten brechen aus, die von einzelnen aufgezwängt werden, als wenn eine Revolution im Gange wäre. Es wird bei diesem engen Gesichtskreis nicht mehr erwogen, was zum Schaden oder Vorteil der Arbeiter sein kann. Der Erhaltungstrieb der Lokalorganisation macht sich geltend, ohne der Entwicklung Gehalt zu geben zu können. In dieser Situation wandte man sich an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, um dort Hilfeleistung und Ansehen zu suchen. Man ging dabei von der Voraussetzung aus, daß die Generalkommission das im großen sei, was das Zentralamt der Solinger Gewerkschaften bis jetzt im kleinen dargestellt hat — eine Lösungsrichtung gegen etwaige Streitfälle, die für Solingen um so nötiger erscheint, als die Niedrigkeit der

Beiträge in den Lokalvereinen die Ansammlung größerer Fonds erschwert. Aus diesem Grunde waren die Genossen Legien und Schliche am 15. 16. und 17. Dezember hier anwesend zur Rücksprache und gegenseitigen Verständigung. Im Gegensatz zu früher konnte man da von den einzelnen Vertretern der lokalen Gewerkschaften hören, daß sie selbst sich gegen den Eintritt in den Metallarbeiter-Verband nicht mehr sträubten, aber — man könne nicht garantieren für die Mitglieder. Im übrigen bezweifelt man, ob der Metallarbeiter-Verband die notwendige Kontrolle ausüben wolle und könne, um die Preisverzeichnisse aufrecht zu erhalten. Die Diskussion über die Regulierung der Gesellen- und Belehrlingsfrage, die angefnitten wurde, zeitigte das Resultat, daß man erklärte, hier sei eine Regelung nicht nötig. Genosse Legien verwies darauf, daß der Generalkommission ihr Wirkungsbereich vorgezeichnet sei und nur der Gewerkschaftskongress selbst eine Änderung der Geschäfts-normen beschließen könne, daß momentan der Anschluß nicht möglich sei. Schliche verwies auf die ähnlichen Verhältnisse im Schlägerberuf der Edelmetalle, wo die Gesellen- und Belehrlingsfrage nicht nur geregelt sei, sondern wo auch ein Tarifverhältnis zu überwachen sei, das seinegleichen suche. Sandler trat der Ansicht entgegen, daß der Lokalverein der Ausmacher deshalb nicht übergetreten sei, weil angeblich der Metallarbeiter-Verband sich nicht hätte dafür hergeben wollen, für die notwendige Kontrolle und Überwachung des Preisverzeichnisses Sorge zu tragen. Das Gegenteil sei der Fall. Nur dem hätte man nicht zustimmen können, daß mit dem Übertritt von einigen hundert Ausmachern man sofort einen Ausmacher als Beamten angestellt hätte. Auch — und das sei das Wichtigste — hätte man sich über die Gesellen- und Belehrlingsfrage nicht einigen können, was eine Vorbeugung von Übertritt in den Verband sei. Schliche stellt sich auf den Standpunkt, daß vorläufig die Frage des Anschlusses an den Metallarbeiter-Verband nicht gelöst werden könne, da die Zeit und die Verhältnisse doch gelöst werden. Obwohl der Anschluß nicht erzielt sei, rufe er ihnen zu: Kommen werden sie doch! Genosse Schallbruch (Heider) sprach sich ebenfalls für den baldigen Anschluß aus. Die Verlammlung schloß mit der Überzeugung für die meisten Besucher, daß, wenn auch nicht der Anschluß an den Verband erzielt, man sich doch gegen-zeitig näher gekommen sei. — Um so mehr wird jeder überrascht sein, wenn er den hier folgenden Bericht liest, der den Metallarbeiter-Verband nicht allein denunziert, sondern auch die übrigen Lokalvereine noch schwer anklagt, weil sie sich nicht mehr zur Wehr setzen: Wir geben dieses Produkt, mit dem sicher auch die Messerschleifer selbst kaum einverstanden sein dürften, zur Begutachtung für alle die wieder, die die Annäherung wünschen, um zu zeigen, wer der Störenfried eigentlich ist. Der Bericht lautet wie folgt: „Solingen, Messerschleiferverein. In der vorgestrigen Verlammlung des Messerschleifervereins berichtete der Vorstand von einem Fabrikanten, welcher die brüchigen Messer nicht bezahlt und ferner das Abgehen der Rlingen verlangt. Die Angelegenheit wurde durch eine kleine Vergütung als erledigt erachtet. Das Abziehen der Rlingen soll unterjagt werden, bis der Verein Stellung dazu genommen hat. Kollege Witte berichtet von der Sitzung betreffend Ausschüsse zwischen der Generalkommission und den hiesigen Gewerkschaften vom vorigen Freitag über Angliederung an die Generalkommission Deutschlands, bedauert gleichzeitig, daß die anderen hiesigen Fachvereine nicht den Mut gehabt, den Vertretern obiger Kommission ihre Meinung zu sagen, unter den obwaltenden Verhältnissen dem Metallarbeiter-Verband nicht beitreten zu können! Es wurde von sämtlichen Kollegen betont, daß man von dem Metallarbeiter-Verband zugunsten hiesiger Fachvereine nichts ersprießliches zu erwarten habe, deshalb soll den Mitgliedern anverletzt werden, die Vereinsinteressen zu wahren, weil obiger Verein nicht in der Lage sei, die hiesigen Verhältnisse beurteilen zu können. Es wäre verwerflich, wenn der Metallarbeiter-Verband das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu untergraben suche.“ — Die Solinger Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes mögen diesen Bericht zweimal lesen; die auswärtigen Kollegen, des sind wir sicher, werden jedenfalls diese Geistesprodukte zu würdigen wissen.

**Stettin.** Der Zustand der Dreher und die darauf erfolgte Auspöterung eines Teiles der Schlosser der Rotorfahrzeugfabrik von Gebrüder Stoemer dauert un verändert fort. Am den Zugang von Arbeitswilligen ist die Firma sehr bemüht, aber trotz ihrer diebezüglichen großen Anstrengungen ohne jeden Erfolg. Sogar im Ausland versucht die Firma Arbeitswillige anzuerwerben. So waren bereits in Böhmen-Weipa und Sandau in Böhmen 10 Eisendreher angeworben, doch gelang es den Ausständigen rechtzeitig, die Ange-worbenen über den Zustand und seine Ursachen aufzuklären. Die Firma Gebrüder Stoemer wartet deshalb vergeblich auf den Zugang dieser Dreher. Die Ausständigen und Ausgesperrten selbst sind guten Mutes. Abtrünnige, die, wie man zu sagen pflegt, den Knecht fett machen könnten, sind nicht vorhanden. Freilich, drei Mann sind wieder in die Fabrik als Arbeitswillige hineingegangen. Aber ihre Arbeitsleistungen erregen nicht die noch ausständigen Dreher. — Merkwürdige Bräutchen für Disziplinierung der Streikposten betreibt der eine Inhaber der Firma Gebrüder Stoemer, Herr Emil Stoemer. Dieser rebete kürzlich einem Streikposten fälschlich nach, daß dieser einen arbeitssuchenden Schlosser auf der Straße vor der Fabrik bedroht und belästigt habe. Insbesondere sollte der Streikposten den Fremden damit bedroht haben, daß er ihm die Knochen entweischlagen wolle, wenn der Fremde in der Fabrik Arbeit annehme. Herr Emil Stoemer veranlaßte sogar, unter Wiederholung dieser unwahren Behauptung, daß der Streikposten von einem Gendarmen deswegen zur Strafverfolgung notiert wurde. Jetzt hat der von Herrn Emil Stoemer fälschlich einer Straftat bezichtigte Streikposten Anzeige bei der hiesigen Staatsanwaltschaft gegen Herrn Emil Stoemer gemacht. Es wird aber abzuwarten sein, ob die Staats-anwaltschaft ein Verfahren gegen den Fabrikbesitzer veranlassen wird, obwohl schon durch die Vernehmung des Gendarmen mit Leichtigkeit die Tatsachen festgestellt werden können, daß erstens Herr Emil Stoemer den Streikposten die angeführte Handlung nachredete, und zweitens, daß der fremde und angeblich bedrohte und belästigte Arbeiter auf ausdrückliches Befragen durch den Gendarmen erklärte, daß er weder belästigt noch bedroht worden sei. Wenn man be-achtet, wie schwer die Arbeiter von den Gerichten bestraft werden, die sich solche Handlungen, wie sie dem Streikposten in böswilliger Weise nachgesehen wurde, zu schulden kommen lassen, dann muß man freilich erwarten, daß der Belästigte, wenn er auch ein Fabrikant ist, ebenfalls vor den Strafrichter gezogen wird. Diese Tat des Herrn Emil Stoemer ist um so gefährlicher und strafbarer, als sie zweifellos nur aus dem Grunde geschah, um den durchaus gesetzmäßig und ruhig sich verhaltenden Streikposten eins am Zeuge zu stellen. Welche Folgen würde diese Denunziation des Herrn Emil Stoemer wohl für den Streikposten dann gehabt haben, wenn er nicht den Beweis dafür antreten könnte, daß der Fabrikherr ihn bei der Anzeige bei dem Beamten ohne Grund einer Straftat bezichtigte? Bei der bekannten strengen Praxis der Gerichte, in solchen Fällen meist recht hohe Strafen zu verhängen, hätte der Streikposten auf mehrere Monate ins Gefängnis wandern können; denn ohne Zweifel hätten die Richter dem Fabrikbesitzer als Zeugen einen größeren Glauben beigegeben wie den Behauptungen des Angeklagten, der schon, weil er Streikposten war, äußerst verdächtig ist, solche Handlungen begangen zu haben. Man denke sich einmal in die Situation des ereigneten angeklagten Streikpostens hinein, wenn dieser keine unbedingten Zeugen hätte und Herr Emil Stoemer sagte dann ebenso als Zeuge vor Gericht wie zu dem Gendarmen aus: „Ich habe das aber gesehen und gehört. . . .“ Was der Streikposten den Fremden bedroht und belästigt hat“, oder aber: „Er hat den Fremden damit bedroht, wenn er in Arbeit treten würde, dann wolle er (der Streikposten) ihm die Knochen entzwei schlagen.“ Der Streikposten, gegen den ein Unternehmer derartiges begangen würde, könnte seine Unschuld beteuern, so viel er wollte, es würde ihn eben nichts nützen und er müßte ohne Gnade auf Monate ins Gefängnis. Hier kam ja nun einmal glücklicherweise nachgewiesen werden, daß der Unternehmer sich solche Beschuldigungen einfach aus den Fingern sog. Aber wie oft mögen schon infolge ähnlicher Unternehmerpraktiken unschuldige Arbeiter ins Gefängnis

geleitet worden sein? — Wie der vorliegende Fall zeigt, macht sich der Unternehmer kein Gewissen daraus, den ihm unbequamen Streikposten, der in durchaus ruhiger Weise seine staatsbürgerlichen Rechte ausübt, zu schädigen, so wendet der Unternehmer auch Terrorismus an, um die Arbeiter, die den § 152 der Reichsverordnung ausüben wollen, ebenfalls zu schädigen. Folgende drei Fälle von wirklichen Streikterrorismus seien angeführt. Ein Herr, auf dem Bureau des Vulkan beschäftigt, erklärt unter Zeugen, daß die Firma Gebrüder Stoewer bei der Direktion des Vulkan telephonisch angezeigt habe, daß bei ihr ein Streik ausgebrochen sei und daß der Vulkan keine Arbeiter von der genannten Firma in Arbeit stellen möge. Mit dieser Verurteilung harmoniert auch eine Äußerung des Meisters Portugal von der Firma Gebrüder Stoewer, die derselbe ebenfalls unter Zeugen machte. Der Herr sagte: „So weit wie der Arm des Herrn Stoewer reicht, bekommt keiner der Dreher anderwärts Arbeit. Wenn die Dreher also bei irgend einer anderen Firma wegen Arbeit anfragen, so werden sie dort nicht eingestellt, denn alle Firmen seien schon davon benachrichtigt. Unsere jungen Herren sind ebenfals organisiert wie Sie! Und weiter: Vor einigen Tagen sollte einer der Ausländer auf den Oberwerken in Arbeit treten. Der Arbeiter war bereits vom Arzt untersucht und vom Meister und vom Baumeister angenommen worden, er sollte nur noch auf dem Bureau der Oberwerke einige Formalitäten erfüllen. Dort wurde ihm nun aber plötzlich die Mitteilung, daß man ihn nicht in Arbeit stelle, da er von der Firma Gebrüder Stoewer komme. Da haben wir also den Streikterrorismus, wie er von unternehmerlicher Seite mit Verurteilungen arbeitet. Und diesen Terroristen stellt man noch polizeilichen Schutz, während man die Arbeiter mit der Fortweisung von einer öffentlichen Straße bedroht, auf der sie „Ärgernis“ erregen könnten. Wir begreifen übrigens gern, daß die Herren Gebrüder Stoewer sich über die Unannehmlichkeit der Streikposten „ärgern“. Aber die „jungen Herren“ können in während des Streiks ein bißchen nach Paris fahren, dort würden sie sich hoffentlich nicht „ärgern“.

## Rundschau.

### Die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1903.

Die neueste Statistik des Reichsarbeitsblattes über die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1903 verzeichnet im Deutschen Reich 381 Gewerbegerichte, darunter 180 in Gemeinden mit über 20.000 Einwohnern, sowie 409 Innungsschiedsgerichte und 24 Gewerbegerichte, die auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufen sind. Die Zahl der Gewerbegerichte hat seit 1901 um 68 zugenommen, während die der Innungsschiedsgerichte von 1902 auf 1903 einen Rückgang um 4 aufweist. Bemerkenswert ist dieser Rückgang in Sachsen von 87 auf 25, der freilich durch die Genehmigung weiterer Innungsschiedsgerichte in anderen Staaten, besonders im reaktionären Goetheland, nahezu aufgewogen wird. Aber noch immer ist in Staaten (Mecklenburg-Strelitz, Schmutzburger-Sonderhausen, Waldeck und Schaumburg-Lippe) kein einziges Gewerbegericht zu finden. Diese Staaten wurden durch das Obligatorium vom 1. Januar 1902 nicht berührt. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß auch in ihnen gewerbliche Streitigkeiten vorhanden sind, die das Bedürfnis nach einem Gewerbegericht hinreichend begründet erscheinen lassen.

Die Zahl der bei den gesamten Gewerbegerichten anhängig gemachten Klagen betrug im Berichtsjahre 94.991 (1902: 85.915, 1901: 70.521). Davon wurden 87.429 von Arbeitern gegen Arbeitgeber (1902: 80.043) und 7008 von Arbeitgebern gegen Arbeiter (1902: 6461) und 454 von Arbeitern gegen Arbeiter desselben Arbeitgebers (1902: 411) eingereicht.

Erledigt wurden durch Vergleich 42.135 (38.888), durch Vergleich 2629 (4.181), durch Anerkenntnis 1678 (1600), durch Versäumnisurteil 9332 (8200) und durch andere Endurteile 16.289 (15.323) Klagen. Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 44.014 (39.649) Fällen bis 20 Mk., in 30.696 (29.355) Fällen 20 bis 50 Mk., in 11.050 (10.474) Fällen 50 bis 100 Mk. und nur in 5587 (5106) Fällen über 100 Mk. Berufungsfähig waren also nur 5,3 Prozent der Klagen. Berufung wurde indes nur in 414 (383) Fällen, also in 7,4 Prozent der berufungsfähigen Entscheidungen, eingeleitet.

Von den durch Endurteil erledigten 15.288 (15.323) Fällen wurden 4705 (4728) Fälle in weniger als 1 Woche, 4577 (3635) in 1 bis 2 Wochen, 3830 (4707) in 2 Wochen bis 1 Monat, 1692 (1748) in 1 bis 3 Monaten und 185 (150) in längerer als dreimonatiger Frist zu Ende geführt. Wir müssen es uns wegen Raummangel verlagern, auf die einzelnen Ziffern für die Bundesstaaten und für jedes Gewerbegericht einzugehen, und verweisen diejenigen, die dieses interessante und wertvolle Material studieren wollen, auf die Veröffentlichungen im Reichsarbeitsblatt.

### Arbeiterhaushaltskosten im Jahre 1904.

Die Halbmonatsschrift Der Arbeitsmarkt macht hierüber folgende Angaben: Die Ausgaben für die Ernährung waren im Jahre 1904 höher als je in einem Jahre seit 1900. Zu diesem Ergebnis gelangt man auf Grund der monatlichen Berechnungen, die der Arbeitsmarkt seit 1898 allmonatlich über den Kostenaufwand für die wöchentliche Ernährung einer Arbeiterfamilie in verschiedenen Städten des Reiches macht. Als wöchentliche Bedarf an Lebensmitteln für das Ernährungsquantum eines Arbeiters ist die Verpflegungstration des deutschen Marinefeldaten zugrunde gelegt. Diese Wochenration hält die Marineverwaltung zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit ihrer Mannschaften für unumgänglich notwendig. Für den industriellen Arbeiter gibt es und kann es keine anerkannte Normration geben, weil berufliche und territoriale Verschiedenheiten die Art der Ernährung sehr stark beeinflussen. Wenn daher die Ration des Marinefeldaten unterstellt wird, so geschieht dies nur in der Absicht, um vergleichbare Resultate zu gewinnen und die Bewegung der Kosten des wöchentlichen Nahrungsaufwandes veranschaulichen zu können. Denn daß auf Grund der Veränderungen der Kosten, die für die Verpflegungstration des deutschen Marinefeldaten aufgewendet werden müssen, im großen und ganzen ohne weiteres auf eine Verteuerung oder Verbilligung der Volksernährung geschlossen werden kann, ergibt sich, wenn man erwägt, daß in der Verpflegungstration des Marinefeldaten alle wichtigen Nahrungsmittel in einem recht glänzenden Verhältnis vertreten sind. Nach den Speiseregeln sind nämlich die wöchentlichen Portionen pro Mann für Schiffe in heimischen Häfen 800 Gramm Rindfleisch, 750 Gramm Schweinefleisch, 800 Gramm Hammelfleisch, 150 Gramm Reis, 300 Gramm Bohnen, 300 Gramm Erbsen, 500 Gramm Weizenmehl, 200 Gramm Backpflaumen, 300 Gramm Kartoffeln, 340 Gramm Zucker, 5250 Gramm Brot, 455 Gramm Butter, 106 Gramm Salz, 105 Gramm Kaffee, 21 Gramm Tee, 0,11 Liter Sifig.

Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie ist der wöchentliche Nahrungsaufwand in der Weise angenommen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine erwachsene Person das dreifache der Normration des Marinefeldaten berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelquantitäten, aus denen sich die Ration zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Marktpreisen unter Zuschlag einer 15-prozentigen Erhöhung berechnet, da die niedrigen Preise bekanntlich nicht die häufigsten sind. Versolgen wir die auf diese Weise für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München gemachten Berechnungen vom Jahre 1900 ab, so ergibt sich, daß die Kosten der Ernährung im Durchschnitt sämtlicher Städte für eine Familie mit vier Köpfen betragen in Mark:

	1900	1901	1902	1903	1904
pro Woche	20,44	20,56	20,72	21,15	21,29
pro Jahr	1062,88	1069,12	1077,44	1099,80	1106,98

Eine Familie, die für die nämlichen Nahrungsmittel gleicher Quantität und Qualität im Jahre 1900 1062,88 Mk. zu bezahlen hatte, mußte im Jahre 1904 1106,98 Mk. mehr oder 4,1 Prozent aufwenden. Es trat also eine Verteuerung von etwas über 4 Prozent ein. Was die Bewegung in den einzelnen Monaten des Jahres 1904

betrifft, so setzte Danzig im ersten Vierteljahr niedrig ein und erreichte im August und September mit 20,97 Mk. den höchsten Wochenlohn. In Berlin waren die Schwankungen ziemlich stark. In den Monaten März, April, Mai und Juni stellte sich der durchschnittliche Wochenlohn auf 20,70 Mk. und erreichte im November mit 22,97 Mk. den höchsten Stand. Auch in Dresden zeigte der November mit 22,24 Mk. die teuerste Preise, während die niedrigsten in den September fielen. In Chemnitz setzte das Jahr 1904 gleich im ersten Monat mit hohen Preisen für Nahrungsmittel ein, bezifferte. Der billigste Monat mit einem Wochenlohn von 21,69 Mk. war der September. Der nämliche Monat war in Leipzig der teuerste mit 21 Mk. gegen 20,63 Mk. im Mai. Auch in Stuttgart zeigte der September mit 21,55 Mk. den höchsten Stand, der Juni mit 20,53 Mk. den niedrigsten. In München endlich setzte das Jahr 1904 mit dem September ab findet eine starke Steigerung statt, die im November mit 23,81 Mk. ihren Höhepunkt erreicht. Berechnet man aus den Wochenlöhnen den Durchschnitt für das ganze Jahr 1904, so ergibt sich, daß der Jahresaufwand für Ernährung in Chemnitz mit 1164 Mk. den höchsten Betrag erforderte. In ähnlichen Abstand aber immer noch über 1100 Mk. wurden beansprucht in Dresden (1126,84 Mk.), München (1112,24 Mk.) und Berlin (1102,92 Mk.). Unter 1100 Mk. bleiben Stuttgart mit 1090,44 Mk., Leipzig mit 1084,72 Mk. und Danzig mit 1074,84 Mk.

### Kongreß der deutschen Gewerkschaften.

Zu dem diesjährigen deutschen Gewerkschaftskongreß, der in der Woche nach dem 21. Mai in Köln stattfand, haben die Kölner Stadtverordneten den großen Saal des Gürtenich bewilligt, und zwar unentgeltlich. Der Saal war für die Kölner Arbeiter seit langer Zeit verschlossen.

### Die Heimarbeitersausstellung.

die auf dem im März v. J. in Berlin abgehaltenen Heimarbeiterskongreß angeregt wurde, soll möglichst im Herbst d. J. in Berlin eröffnet werden. In den letzten Tagen des alten Jahres haben in Berliner Gewerkschaftshäusern Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und bürgerlichen Sozialpolitikern stattgefunden, die den Vorarbeiten dieser Ausstellung gewidmet waren. Es wurde beschlossen, ein Kuratorium zu bilden, dem je ein Vertreter der 19 beteiligten Zentralverbände und eine Anzahl bürgerlicher Sozialpolitiker angehören sollen. Die Ausstellung soll wozu möglich später auch nach anderen Orten verlegt werden.

### Gewerkschaftliche Fortschritte.

Die Bergarbeiter-Zeitung hat jetzt eine Auflage von über 90.000 erreicht. Man noch einen kräftigen Aufschwung und das erste Hunderttausend ist erreicht!

Die Holzarbeiter-Zeitung teilt in Nr. 1 mit, daß der Deutsche Holzarbeiter-Verband am Schlusse des dritten Quartals 1904 101.108 Mitglieder hatte. Am Jahreschlusse dürften es bereits 105.000 geworden sein.

Das Korrespondenzblatt schätzt die Zunahme der Mitglieder der deutschen Gewerkschaften bis zur Jahresmitte 1904 auf 110.000. Da aber die hauptsächlichste Entwicklung der Gewerkschaften immer in die zweite Hälfte des Jahres fällt, so würde also das Jahr 1904 seinem Vorgänger alle Ehre machen.

### Moderne Inquisition.

Wie sich im Kopfe eines Staatsanwaltes die Welt malt, das zeigte sich in einer Verhandlung vor dem Landgericht in Bremen. Der Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes in Bremerhaven war angeklagt, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, die „zu politischen oder sozialistischen Zwecken“ einberufen war, nicht angemeldet zu haben. Diese Verhandlung erhielt eine besondere Würze durch folgendes komische Frage- und Antwortspiel:

Staatsanwalt: Verfolgt der Metallarbeiter-Verband sonst politische Zwecke? — Angeklagter: Nein. — Staatsanwalt: Sind Sie nicht politisch organisiert? — Angeklagter: Es ist selbstredend, daß die einzelnen Mitglieder das Recht haben, sich politisch zu organisieren, wo sie wollen, und das auch tun — der Verband hat damit nichts zu schaffen, er betätigt sich nicht politisch. — Staatsanwalt: Ist nicht die Meinung an die Mitglieder ergangen, Schmarfeldt zu wählen; ich meine, etwa von Stuttgart? — Angeklagter: Nein! — Staatsanwalt: Hatte jeder freie Wahl? — Angeklagter: Ja! — Staatsanwalt: Wie? — Angeklagter: Ja!

Das Landgericht erkannte wie das Schöffengericht auf Freisprechung, da sich die Versammlung nicht mit „sozialistischen“, sondern mit sozialen Angelegenheiten beschäftigt hat.

### Scharfmacherterrorismus in Saarabien.

Kaum hat das sozialdemokratische Arbeiterblatt für das Saargebiet das Licht der Welt erblickt, haben die Stummlinge auch schon folgenden Akt an den Toren ihrer Zwingsburgen angeschlossen:

Soeben wird der Versuch gemacht, im Saargebiet eine sozialdemokratische Zeitung unter dem Namen Saarwacht herauszugeben, die dazu bestimmt ist, das gute Verhältnis zwischen Unternehmern und Industriebeschäftigten im Saargebiete zu fördern und Unzufriedenheit unter Hüttenleuten, Bergleuten und die sonstigen Arbeiter zu säen. Wir erwarten von dem gesunden Sinn unserer Hüttenleute, daß sie sich diesem Blatte fernhalten, es weder beisteuern noch lesen, da wir nicht gesonnen sind, sozialdemokratische Agitation in irgend welcher Form auf unserem Werte zu dulden.

Es wird aber alles nichts helfen, auch das Saargebiet wird von der modernen Arbeiterbewegung „infiltriert“ werden — allen selbstherrlichen Gefühlen zum Trotz!

### August Brunt

bleibt den Christlichen erhalten. Die feindlichen Brüder haben am 1. Januar in Allenessen folgende Vereinbarung geschlossen:

In der heute stattgefundenen außerordentlichen Vorstandssitzung des Christlichen Gewerksvereins wurde unter folgenden Bedingungen eine Einigung zwischen dem früheren Vorsitzenden Herrn Brunt einerseits und dem Christlichen Gewerksverein andererseits erzielt: Brunt verzichtet auf eine Wiederwahl zum Vorsitzenden, bleibt hingegen als Mitarbeiter in der Gewerkschaftsorganisation der christlichen Bergleute tätig. Die Generalversammlung, die Mitte Februar stattfinden sollte, wurde hierdurch hinfällig. Diese soll im Sommer abgehalten werden.

Brunt darf also weiter — schimpfen! Die Rheinische Zeitung bemerkt zu der „Einigung“: Zweifellos hatten an der Beilegung des Streites der Gewerksverein und seine kirchlichen Hintermänner ein weit größeres Interesse als Brunt. Der Mann wußte zuviel, als daß man ihn als Gegner hätte gewähren lassen können. Im Laufe der zehn Jahre, die er im Dienste des Gewerksvereins stand, hat er so gründlich hinter die Kulissen der kirchlichen Arbeiterpolitik zu blicken vermocht, daß er als Gegner dem Zentrum sehr unbequem zu werden drohte, zumal von seiner rücksichtslosen Art nicht zu erwarten war, daß er seine früheren Freunde irgendwo schonen würde. Also hat man vorgezogen, sein Schweigen dadurch zu erkaufen, daß man ihn als „Beirat“ honorierte, womit er zugleich völlig talgeseilt ist.

### Wie eine „christliche Lohnbewegung“ aussieht.

Bei dem Ingenieur für Gas- und Wasserleitungen Schimanski in Breslau wurde nach der Volkswacht am 10. Dezember v. J. ein Monteurgehilfe plötzlich ohne Kündigung entlassen und klagte beim Gewerbegericht auf Entschädigung. Hier gab Schimanski als Entlassungsgrund unter anderem an, der Kläger habe ständig über einen Mitarbeiter gehandelt, so daß dieser aus Furcht weggegangen wäre, wenn er den anderen nicht entlassen hätte. Es erfolgte hierüber Verurteilung. Der „christliche“ dertende Kollege sagte als Zeuge

aus: Bedroht sei er von dem Kläger nicht worden, aber über den Chef habe dieser beleidigende Redensarten geführt und zwar deshalb, weil sie beide nur 27 Pf. pro Stunde erhielten. Schimanski ihnen oder ebenso 28 Pf. geben könne, wie einem dritten dort beschäftigten Kollegen. Er habe dann mit dem Chef gesprochen (Was mag das wohl gewesen sein?) und eine Lohnerhöhung erlangt, wobei er aber den Arbeitgeber gebeten habe, ja den anderen von der Lohnerhöhung nichts zu sagen, „denn die Kerle sind so weit und stechen mich tot, wenn sie herauskriegen, daß ich mehr Lohn bekomme.“ Auf diese Weise hatte das geängstigte christliche Gewüt die Entlassung seines unzufriedenen Mitarbeiters erreicht. — Eine solche das Gericht nicht zu fällen, da der Kläger den Termin versäumt hatte.

### Die Rühnemänner

wollen sich nun der Lehrlinge „erbarmen“. Sie sind ihnen zwar bis jetzt nur Ausübungsobjekt gewesen, aber nun soll's anders werden. Das erzieht man ausfolgendem „Erlaß“ der Firma Krister, Inhaber Engel & Gegeewaldt, zu Berlin-Oberschöneweide, der dem Vorwärts in die Hände gefallen ist:

„Wie ich aus einem Zirkular erfahren habe, wird von gewisser Seite zur Bildung eines Lehrlingsvereins agitiert. Wenn erwachsene Menschen, die geklärt Lebensanschauungen haben, sich einem Verein anschließen oder einen solchen begründen, so ist das ihr gutes Recht. Dagegen muß ich auf Grund § 6 des Lehrlingsvertrags (Absatz 2 und 3) meinen Lehrlingen, die meiner Fürsorge anvertraut sind, unter allen Umständen untersagen, daß sie als laum der Schule entworfene unreife Jünglinge mit noch ganz ungeklärten Ansichten einem Verein mit ganz einseitig ausgesprochenen Zielen beitreten. Ebenso verbiete ich auf Grund des besagten Absatzes des Lehrvertrags meinen Lehrlingen, während eines Streiks mit Streikenden zu verkehren und sich diesen gegenüber über Geschäftsangelegenheiten auszulassen.“

Ich bemerke daher, daß ich ein Übertreten der erwähnten Bestimmungen als Kontraktbruch im Sinne der angeführten Stellen des Lehrvertrages auffassen würde und müßte ich mir vorbehalten, die sich ergebenden Konsequenzen daraus zu ziehen.“

Der Vorwärts ist der Vorsitzende des Vereins der Berliner Metallwarenfabrikanten. Das sagt alles. Der Vorwärts bemerkt ganz richtig, daß die Herren Rühnemänner den Lehrlingen über ihren Verbleib gar nichts vorzuschreiben haben, denn das würde bedeuten, daß der Sohn nicht einmal mit seinem Vater verkehren dürfte.

### Nachtrag.

Die Differenzen in der Drehbankfabrik von Wohlenberg zu Hannover sind, wie uns während des Druckes in einem Telegramm gemeldet wird, geschlichtet. Die Sperre über diesen Betrieb ist daher aufgehoben!

### Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(C. S. 29 Hamburg).

München. Nachdem dem Vorstand Kenntnis von dem Ergebnis der letzten Mitgliederversammlung vom 20. November gegeben worden, war das erste, daß dem wiedergewählten Bevollmächtigten die Bestätigung verweigert wurde mit der Bemerkung: Komödie spiele der Vorstand nicht, wenn er jetzt den Bevollmächtigten bestätigen wolle, hätte er ihn zuerst nicht zu befehligen brauchen, in der Zwischenzeit habe sich nichts geändert (das ist sehr dunkel). In höflicher Weise wurde die gefasste Resolution als blühender Unsinn und „Mache“ des bisherigen Bevollmächtigten bezeichnet. Eine weitere Versammlung am 11. Dezember beschäftigte sich mit den beiden Punkten: Stellungnahme zum Vorstandsbeschluss und Neuwahl des Bevollmächtigten. Hierzu war der Vorstand eingeladen, lehnte aber ab und bemerkte, daß es für ihn völlig ausgeschlossen sei, mit Mägde zusammenzuarbeiten auf Grund der „Schreiben“, die ja die Ortsverwaltung auch kenne; wenn ein anderer Bevollmächtigter nicht gewählt werde, dann werde der Vorstand einen solchen ernennen. Die Stimmung der Anwesenden war infolge dieser Mitteilungen eine ziemlich gereizte. Offenbar kann der Vorstand sich in die Geschäftsführung einer Filiale von über 1400 Mitglieder nicht hineinbegeben, sonst würde er seine erste Pflicht, die Interessen der Mitglieder zu wahren, in etwas anderer Weise auffassen, denn es ist klar, daß bei dem ewigen Hin und Her und der Unentschiedenheit der Sache, die Geschäfte in mancher Beziehung eine Störung oder Unterbrechung erleiden, die an den Mitgliedern ausgeht; hier kommen aber zuerst ohne Zweifel die internen Interessen des Vorstandes, weit nachher erst die der Mitglieder. Was die „Schreiben“ betrifft, so haben die Mitglieder vom Vorstand sämtliche Schriftstücke Kenntnis, dabei ist aber kein, das so gehalten wäre, daß es eine derartige Maßnahme des Vorstandes rechtfertigen würde, dem Vorstand wurde eben auf sein Vorgehen hin deutlich die Wahrheit gesagt, die hat schon größeren Herren nicht geschadet, jedenfalls ihm auch nicht. Dadurch, daß das Statut dem Vorstand bis jetzt eine fast unbeschränkte Machtstellung einräumt, glaubt derselbe sich berechtigt in nahezu absolutistischer Weise vorgehen zu dürfen; in einem gewerkschaftlichen Verband wäre dies eine Unmöglichkeit. Nachstehende Resolution Freijünger wurde einstimmig angenommen: „Die heute von circa 300 Mitgliedern besuchte Versammlung nimmt Kenntnis von den beiden Antworten des Vorstandes. Sie verwahrt sich dagegen, daß von ihr gefasste Resolutionen als ein Machwerk des Bevollmächtigten bezeichnet werden. Komödie spielt die Versammlung auch nicht. Ferner hielt sie es für unmöglich, daß ein ehrenhafter Kollege bei einer Nominierung von Seiten des Vorstandes nach der geradezu unerhörten Behandlung des bisherigen Bevollmächtigten, den Posten eines solchen annehmen wird. Die Versammlung hätte bestimmt erwartet, daß der Vorstand vertreten würde, die Ablehnungsgründe sind nicht stichhaltig. Sie ist ferner der Meinung, daß bei einigem guten Willen ein Zusammenarbeiten des Vorstandes mit dem bisherigen Bevollmächtigten sehr gut möglich sei und verlangt, nachdem keinerlei ehrenrührige Handlungen vorliegen, dessen Bestätigung. Erfolgt diese nicht, hat keine weitere Versammlung stattzufinden, sondern der Vorstand möge selbst sehen, ob er unter den 1400 Mitgliedern solche finde, die sich unter den gegebenen Umständen als gefügige Werkzeuge gebrauchen lassen.“ Bevor diese Resolution eingebracht wurde, hatte bereits die obige Ortsverwaltung die Erklärung abgegeben, daß sie unter keinen Umständen mit einem vom Vorstand autorisierten Bevollmächtigten zusammenarbeiten werde, sei er, wer er wolle.

### Inhalt von Nr. 2.

Die gemischten Werke im deutschen Großblechgewerbe. — Verhältnisse in der badischen Uhrenindustrie. — Das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung im heutigen Wirtschaftskreis. — Zum Ausbau des Unterhaltungswezens. — Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauknechte und Installateure in Rheinland und Westfalen. — Hirsch-Duncker'sche Geldentlastung. — Die Selbstbewegung in der Berliner Gelbmetallindustrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Gesamtstatistik. — Aus den Agitationsbezirken: 5. und 8. Bezirk. — Korrespondenzen. — Rundschau: Die Tätigkeit der Gewerbegerichte im Jahre 1903. Arbeiterhaushaltskosten im Jahre 1904. Kongreß der deutschen Gewerkschaften. Die Heimarbeitersausstellung. Gewerkschaftliche Fortschritte. Moderne Inquisition. Scharfmacherterrorismus in Saarabien. August Brunt. Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29).

